

**1. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Donnerstag, 14. Februar 2008
im Tell-Saal, Ostermundigen**

Beginn: 18.00 Uhr

Schluss: 21.15 Uhr

Vorsitz:	Peter Wegmann	(FDP)	1
Stimmzählende:	Maria Anna Baumann (<i>bis 20.55 Uhr</i>)	(SP)	1
	Markus Truog	(SVP)	1
Anwesend:	Aziz Dogan, Rudolf Kehrli, Rudolf Mahler, Rupert Moser (<i>bis 20.55 Uhr</i>), Marianne Neuschwander, Norbert Riesen, Roger Schär, Liliane Schärer, Meta Stäheli Ragaz, Regula Unteregger, Rudolf Wiedmer, Christian Zeyer	(SP)	12
	Erich Blaser, Hans-Rudolf Hausammann, Ernst Hirsiger, Lucia Müller, Aiki Maria Panayides, Beat Weber, Gerhard Zaugg	(SVP)	7
	Markus Egger (<i>ab 18.10 Uhr</i>), Heinz Gfeller, Roger Hubschmid	(FDP)	3
	Renate Bolliger, Philippe Gerber, Bruno Schröter, Rahel Wagner	(EVP)	4
	Ernst Synes (<i>bis 20.00 Uhr</i>), Eduard Rippstein	(CVP)	2
	Walter Bruderer, Marco Mantarro, Roland Rüefli	(FORUM)	3
	Thomas Christen, Daniel Kirchhofer	(SD)	<u>2</u>

36

Vertreter des Gemeinderates: Gemeindepräsident Christian Zahler, Thomas Iten, Egon Julmi, Ursula Lüthy, Urs Rüedi, Thomas Werner
Gemeindeschreiberin Marianne Meyer

Entschuldigt: **Mitglieder des Grossen Gemeinderates**
Marion Buchser, Marco Krebs, Mevlude Nesimi, Andreas Thoman

Mitglieder des Gemeinderates
Annagreth Friedli, Christoph Künti, Ursula Norton

Protokoll: Jürg Kumli, Gemeindeschreiber-Stv.

G E S C H Ä F T E

1	P Protokoll-Genehmigungen		
	Protokoll der 7. Sitzung des GGR vom 13. Dezember 2007		5
2	10.372 Motionen 40.1218 Abfallmerkblatt der Gemeinde		
	Überparteiliche Motion betreffend Abfallmerkblatt in verschiedenen Fremdsprachen; Begründung		6
3	10.372 Motionen 30.490 Dreifachturnhalle		
	Motion SP-Fraktion betreffend Turnhalle Dennigkofen: Die Chance für eine Dreifachturnhalle in Ostermundigen; Begründung		11
4	10.372 Motionen 50.811 Gemeindepolizei		
	Motion N. Riesen (SP) betreffend mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum von Ostermundigen; Begründung		22
5	10.372 Motionen 10.2214 Ortsentwicklung 30.111 Baugesuche		
	Motion FORUM-Fraktion betreffend Wahrung der Wohnqualität von bisherigen Einwohnern; Begründung		32
6	10.374 Interpellationen 30.111 Baugesuche		
	Interpellation L. Müller (SVP) und Mitunterzeichnende betreffend: Was hat der Gemeinderat in Sachen Islamzentrum unternommen?; Begründung und Beantwortung		37
7	10.374 Interpellationen 50.299 Integration		
	Interpellation R. Unteregger (SP) betreffend türkisch-islamisches Zentrum: Klare Spielregeln für eine gute Integration; Begründung und Beantwortung		42
8	10.375 Einfache Anfragen 13.110 Schulkommission		
	Einfache Anfrage R. Wagner (EVP) betreffend Interpellation vom 17. März 2005 zur Zwischenbilanz für die neue Schulkommission; Beantwortung		46
9	10.375 Einfache Anfragen 40.323 Signalisationen, Markierungen, Allgemein		
	Einfache Anfrage R. Mahler (SP) betreffend Velostreifen Bernstrasse; Beantwortung		50
10	10.928 Verwaltungsorganisation/Organisationsstrukturen		
	Behörden- und Verwaltungsreform; Orientierung über den Stand des Geschäftes		52
11	10.372 Motionen 40.121 Busprojekte, Linienführung, Haltestellen		
	Motion SP-Fraktion betreffend gefälligeres Erscheinungsbild der Gemeinde Ostermundigen. Sanierung von zwei Bushaltestellen als Sofortmassnahme; parlamentarischer Neueingang		53

Ratspräsident: Ich begrüsse alle Anwesenden zur 1. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreterinnen und -vertreter willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Es sind **35** Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- ① Heute nehmen Frau Liliane Schärer (SP) sowie die Herren Roger Hubschmid (FDP) und Roland Rüefli (FORUM) erstmals an der Ratssitzung teil.
- ① Die Herren Markus Egger per 31. März und Marco Krebs per 30. April 2008 haben ihre Demission aus dem GGR eingereicht.
- ① Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
 - Die Adressliste sämtlicher GGR-Mitglieder per 1.1.2008
 - Die Adressliste der Partei- und Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten
- ① Eigentlich liegen zur heutigen Sitzung nur wenige Traktanden und nicht unbedingt vordringliche Geschäfte vor, was durchaus auch einen Verzicht zur Durchführung ermöglicht hätte. Ich bin aber der Meinung, „verschiebe nicht auf Morgen, was du Heute kannst besorgen.“ Zumal Verschiebungen in jedem Fall (unter welcher Konsequenz auch immer) trotzdem erledigt werden müssen. „Monstersitzungen“ sind bekanntlich weder geschätzt noch zweckdienlich. Ich habe mich darum trotzdem zur Durchführung der heutigen Sitzung entschieden.
- ① Es gehört zur Tradition, nicht aber zur Pflicht von Ratsvorsitzenden, alljährlich einen Ratsausflug zu organisieren. Diese Tradition möchte ich an sich fortsetzen. Die Vergangenheit hat aber offenbart, dass das Interesse zunehmend geschwunden ist, die Teilnehmerzahl aus Ratskreisen immer mehr abgenommen hat. Dies liegt sicher nicht alleine an der Art bzw. der Attraktivität eines Ratsausfluges, sondern vor allem auch am grundsätzlichen Interesse und dem Sachverhalt, in wie fern die Ratsmitglieder überhaupt Zeit dazu haben. Damit stellt sich für mich die Grundsatzfrage, ob in diesem Jahr ein Ratsausflug (im Zeitraum zwischen den Sommer- und den Herbstferien) erwünscht wird. Ich erlaube mir nun folgende Umfrage: Wer würde mit Sicherheit teilnehmen?
- ① Ungefähr 12 Ratsmitglieder haben mit Handerheben ihre Teilnahme an einem Ratsausflug kundgetan. Ich werde den Rat zu gegebener Zeit über das weitere Vorgehen orientieren.
- ① Wie bereits angekündigt, werden das Budget 2009 und der Finanzplan in diesem Jahr für die Dezember-Sitzung traktandiert. Trotzdem möchten wir aber am traditionellen Jahresschlusshöck festhalten. Dies setzt voraus, dass wir - sofern nicht terminlich absolut zwingend - im Dezember nur das Budget 2009 und den Finanzplan traktandieren werden. Allfällig weitere Traktanden werden auf die erste Sitzung im Jahre 2009 verschoben. Dies sollte im Hinblick von allgemeinen Interessen möglich und vertretbar sein.

- ① Die nächste Sitzung findet gemäss Terminplan am **13. März 2008** statt. Allerdings unter dem Vorbehalt, dass noch behandlungsintensive Traktanden eintreffen werden. Momentan sieht es noch nicht danach aus, aber wir befinden uns ja in einem Wahljahr.
- ① Im Anschluss an die heutige Sitzung lade ich alle Ratsmitglieder und Pressevertretende ins Restaurant „La Favorita“ zu einem Imbiss ein. Ich hoffe, dass möglichst alle der Einladung Folge leisten können.

Traktandenliste:

- Traktandum Nr. 11: Orientierungen des Gemeinderates
Es liegen keine Themen vor

Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird unter Berücksichtigung der vorerwähnten Ergänzung genehmigt.

1 P Protokoll-Genehmigungen

Protokoll der 7. Sitzung des GGR vom 13. Dezember 2007

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll der 7. Sitzung des GGR vom 13. Dezember 2007 wird mit bestem Dank an den Verfasser genehmigt.

1

¹ Markus Egger (FDP) tritt um 18.10 Uhr der Sitzung bei. Somit sind 36 Ratsmitglieder anwesend.

2	10.372	Motionen
	40.1218	Abfallmerkblatt der Gemeinde

Überparteiliche Motion betreffend Abfallmerkblatt in verschiedenen Fremdsprachen; Begründung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Abfallmerkblatt mit den Abfalldaten und den wichtigsten Bestimmungen in verschiedenen Fremdsprachen anzubieten.

Begründung

Einer umweltgerechten Abfallentsorgung ist nach wie vor hohe Priorität einzuräumen. Immer wieder kann beobachtet werden, dass an den Sammeltagen für Grobgut und Metall auch elektrische und elektronische Geräte an den Sammelstellen deponiert werden. Abfalleimer werden mit privatem Haushaltmüll gefüllt und bei den Glassammelstellen sind nicht selten Keramikgeschirr, Gegenstände aus Kristallglas und andern Materialien auf den Containern deponiert.

Die Bestimmungen über die Abfallentsorgung sollten auch von Personen verstanden werden können, welche die deutsche Sprache nicht oder nur ungenügend lesen und verstehen können.

Wir stellen uns vor, dass ein Merkblatt mit den Abfalldaten und den wichtigsten Bestimmungen genügt. Es muss nicht so ausführlich sein wie die deutsche Version. Das Merkblatt sollte in jene Fremdsprachen, die in Ostermundigen am häufigsten vorkommen, übersetzt werden.

Rahel Wagner (EVP): Zur Begründung der Motion möchte ich nichts mehr sagen. Etwas will ich aber noch festhalten: Vielleicht tönt unser Begehren so, dass wir die sogenannten „Abfallsünder“ nur unter der ausländischen Bevölkerung sehen. Dem ist nicht so - und das möchte ich ausdrücklich erwähnen. Aber wir glauben, dass mit der Übersetzung des Abfallmerkblattes in verschiedene Sprachen noch einiges zugunsten der umweltgerechten Abfallentsorgung herausgeholt werden kann. Ich habe mich in verschiedenen grösseren Gemeinden des Kantons Bern erkundigt, ob sie Abfallmerkblätter in verschiedenen Sprachen anbieten.

- Zollikofen hat eine sogenannte Abfallagenda in deutscher Sprache. Was die speziellen Sammlungen wie Papier, Altmetall und Grobsperrgut betrifft, sind Informationsblätter in albanisch, portugiesisch, serbisch und türkisch übersetzt. Laut Auskunft der Gemeinde Zollikofen wurde diese Massnahme nötig, weil es punkto Abfall gerade mit diesen Bevölkerungsschichten grosse Probleme gab.
- Langenthal hat die ausländische Bevölkerung einmal zu einer mündlichen Orientierung zur Abfallentsorgung eingeladen. Solche Veranstaltungen müssten aber immer wieder stattfinden. Aber auch so erreicht man nur einen kleinen Teil des

Zielpublikums. Die Stadt sei heute auch so weit, dass eine Übersetzung der Abfallregeln in andere Sprachen nötig wäre.

- Die Stadt Bern bietet den Abfallkalender neben Deutsch auch in sieben weiteren Sprachen an: Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Portugiesisch, Türkisch und Serbisch.
- Interessant ist das Angebot der Stadt Thun: Dem ausführlichen Abfallratgeber in Deutsch ist ein Zusatzblatt beigelegt, welches die wichtigsten Angaben über die richtige Entsorgung der diversen Abfälle mit entsprechenden Symbolen in neun Sprachen enthält. Genau so etwas stellen wir uns auch vor. Das Abfallmerkblatt muss so oder so in alle Haushalte versandt werden. Das Zusatzblatt muss nur einmal übersetzt werden und kann nachher immer wieder verwendet werden. Bei der Anmeldung von fremdsprachigen Personen kann auf dieses Zusatzblatt verwiesen werden.

Ich habe mich auch bei der verantwortlichen Stelle der Gemeinde Ostermundigen informiert. Hier sieht man die Notwendigkeit für eine Herausgabe des Abfallmerkblattes in verschiedenen Sprachen nicht unbedingt. Man habe hier die Kommission für die ausländische Bevölkerung und könne die Kontaktstellenleitenden für Abfallfragen mit einbeziehen. Zudem wolle man die Integration der ausländischen Bevölkerung anstreben, vor allem auch mit dem Erlernen der Sprache. Wenn man immer alles übersetzt anbiete, müssten sich die Menschen diesbezüglich ja keine Mühe geben.

Auch wir sind dafür, dass die fremdsprachigen Einwohnerinnen und Einwohner die deutsche Sprache so schnell wie möglich lernen. Nur müssen wir sehen, dass dies nicht von heute auf morgen geht. Zudem wechselt die Bevölkerung ständig, so dass immer wieder von neuem Menschen zuziehen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Deshalb ist es sinnvoll, dass fremdsprachige Personen von Anfang an den Umgang mit dem Abfall lernen, bevor sich die hartnäckigen „Mödeli“ festsetzen können. Es wäre auch die Aufgabe der Einwohnerkontrolle, auf das Abfallmerkblatt ganz besonders hinzuweisen und dies als sehr wichtig zu bezeichnen.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, dieser Motion zuzustimmen.

Gemeinderat Thomas Werner (SP): Der Gemeinderat ist bereit, die Motion in Form eines Postulats entgegen zu nehmen.

Der Gemeinderat teilt die Auffassung der Motionäre, dass einer umweltgerechten Abfallentsorgung eine sehr hohe Priorität einzuräumen ist. Mit der Umsetzung der Abfallentsorgungsstrategie (AES) per 1. Januar 2006 und der damit verbundenen Öffentlichkeitsarbeit wurden auch bereits grosse Anstrengungen zu diesem Thema unternommen. Vor der Einführung der AES betrug die Kehrrichtmenge pro Kopf 545 kg. Heute entsorgen wir eine Menge von 397 kg. Waren wir bei der Einführung der AES bestrebt, bis ins Jahr 2010 eine Recyclingquote von 55 % zu erreichen. Per dato haben wir diese Quote mit 57 % bereits erreicht. Mit der Einführung des Abfallunterrichts in den Schulen per Schuljahr 2008/2009 wird ein weiterer, unserer Ansicht nach sehr wichtiger, Schritt in diese Richtung unternommen.

Im Zusammenhang mit dem eingereichten Vorstoss und vor allem einer allfälligen Umsetzung gilt es zu beachten, dass das in der Begründung geschilderte Problem sowohl auf ausländische wie auch schweizerische "Abfallsünder" zurückzuführen ist. Ein allfälliges Vorgehen zur Übersetzung in andere Sprachen muss daher so gehalten sein, dass nicht der Eindruck entsteht, man mache die ausländische Bevölkerung zum alleinigen Hauptverantwortlichen für Verstösse. Gleichzeitig ist auch zu fragen, wie stark ein solches Flugblatt tatsächlich die Richtigen erreicht und eine Verhaltensänderung bewirken kann.

Aus diesem Grund ist eine sorgfältige Prüfung dieses Anliegens (Inhalt, Verteilung, Sprachen, Kosten, etc.) und eine Zusammenarbeit mit der Kommission für die ausländische Bevölkerung sehr wichtig. Wie erwähnt, ist der Gemeinderat bereit, die Einführung eines Abfallmerkblatts in verschiedenen Fremdsprachen eingehend zu prüfen. Da für die Ausarbeitung von Ausführungsbestimmungen gemäss Abfallreglement Art. 31 der Gemeinderat zuständig ist, erscheint ihm eine Umwandlung der Motion in ein Postulat angemessen.

Heinz Gfeller (FDP): Die ganze GGR-Sitzung kann als Beginn des Wahlkampfes 2008 bezeichnet werden. Es ist eine Überlegung wert, was die vorliegenden Vorstösse in Gemeinderat und Verwaltung auslösen. Ganz sicher geht das nicht ohne Ressourcenverzehr über die Bühne. Die Frage bleibt, was die Vorstösse unserer Gemeinde effektiv bringen, ganz sicher natürlich die Befriedigung der Profilierungslust. Genügt das, ein bisschen Polittheater spielen?

Das hier wohl indirekt angesprochene Anliegen: „Wir wollen eine saubere Gemeinde, frei von wilden Abfalldeponien“ ist aus Sicht unserer Fraktion in Prinzip berechtigt. Der in der vorliegenden Motion konkret angesprochene Lösungsansatz interpretieren wir als ineffiziente Scheinlösung aus den folgenden Gründen:

- Das Problem „Littering“ ist nicht ein Problem der fehlenden Integration, sondern des Willens der Schaden verursachenden Personen.
- Das Problem „Littering“ muss wohl eher mit konsequentem Anwenden der bei uns geltenden Reglemente und Verordnungen angegangen werden. Damit liegt die Zuständigkeit dafür eindeutig bei Gemeinderat und Verwaltung.
- Die hier vorgeschlagene Massnahme kann eventuell etwas weniger bringen. Ob sie verhältnismässig ist, und wie sie in das laufende Integrationsprojekt reinpasst, entzieht sich unserer Kenntnis.

Die FDP-Fraktion lehnt darum den Vorstoss als Motion ab. Eine Umwandlung in ein Postulat ist notwendig. Dem Überreichen als Postulat widersetzen wir uns nicht.

Marco Mantarro (FORUM): Die FORUM-Fraktion unterstützt grundsätzlich die vorliegende Motion. Anstelle von verschiedenen Fremdsprachen schlagen wir ein Abfallmerkblatt mit einfachen Piktogrammen vor. Bereits heute existieren Sprachführer für Weltenbummler in Piktogrammform. In dieser Form ist ein Abfallmerkblatt verständlich für alle Sprachgruppen.

Wir sind der Auffassung, dass die Vermieter oder Hausverwaltungen die Mieterschaft über den Sachverhalt der Abfallentsorgung zu orientieren haben.

Markus Truog (SVP): Auch die SVP-Fraktion hat ein Blick über die Gemeindegrenzen nicht gescheut. Die Stadt Bern führt einen sehr umfangreichen Abfallkalender mit vielen Piktogrammen. Dieser Abfallkalender wird grundsätzlich an alle Haushalte in deutscher Sprache verschickt. Er kann in sieben Fremdsprachen bezogen werden, muss aber bei der Stadtbehörde bestellt werden.

Die Motionäre verlangen, dass das Abfallmerkblatt in die häufigsten Landessprachen übersetzt werden soll. In Bern sind das acht Sprachen. Wie viele Übersetzungen muss die Gemeinde Ostermundigen mit 99 verschiedenen Nationalitäten vornehmen? Wie viele Exemplare pro Sprache muss die Gemeinde vorbereiten? Will Ostermundigen auch das Holprinzip (wie in der Stadt Bern) einführen? Wird das Abfallmerkblatt bestellt und vor allem auch befolgt?

Bund, Kanton und die Gemeinde Ostermundigen legen in Sachen Integration immer grösseres Gewicht darauf, dass die Integrierenden die deutsche Sprache lernen. Aus unserer Sicht widerspricht sich die vorliegende Motion diesem Grundgedanken. Informationen werden angeboten. Doch wenn diese nicht abgeholt und befolgt werden, ist der ganze Aufwand unverhältnismässig.

Der Beantwortung des Gemeinderates möchte ich gratulieren. Er scheint auf dem richtigen Weg zur Integration der fremdsprachigen Bevölkerung zu sein. Im Schulunterricht sind Abfalllektionen anzubieten. Die Schüler werden zuhause auf die Gegebenheiten der Abfallsammlung aufmerksam machen.

Ist letztendlich das Abfallmerkblatt das einzige Dokument der Gemeinde, welches in Fremdsprachen übersetzt werden muss? Oder ist das erst der Anfang einer ganzen Übersetzungswelle von Merkblättern und Reglementen?

Aus all diesen Überlegungen lehnt die SVP-Fraktion die vorliegende Motion ab.

Meta Stäheli Ragaz (SP): Die SP-Fraktion unterstützt mehrheitlich die Motion. Wir Schweizer sind Weltmeister im Abfallrecycling! Unser System ist gut aber auch kompliziert. Selbst die Deutschsprachigen müssen sich nach einem Umzug in eine andere Gemeinde mit den neuen Abfallgegebenheiten auseinandersetzen. Nicht richtig entsorgter Abfall führt zu Ärger und oft zum schlechten Gefühl gegenüber der ausländischen Bevölkerung; ob zu Recht oder Unrecht sei dahingestellt. Der Abfuhrplan beschreibt nicht grundsätzlich wie, was und wo zu entsorgen ist. Es fehlen auch Hinweise zu Kompost, Glas, Batterien etc.. Diese Dinge müssen gebracht werden, sie werden nicht abgeholt.

Eine Verbesserung der heutigen Situation mit einer Übersetzung des Abfallmerkblattes kann nicht erzielt werden. Wie kann das Wort „Grobgutmarke“ auf tamilisch übersetzt werden? Ein gut verständliches Merkblatt mit Piktogrammen und evtl. in ver-

schiedenen Sprachen können auch wir unterstützen. Auch der finanzielle Rahmen wird nicht gesprengt. Ein modifiziertes Abfallmerkblatt wird mithelfen, dass wir in Bezug auf Abfallrecycling noch besser werden.

Rahel Wagner (EVP): Ich habe unsere Vorstellungen ausführlich vorgestellt. Das Votum der SVP ist mir unverständlich. Wieso sollen wir auf Sachen zurück kommen, die bereits in der Begründung geklärt worden sind? Den Vergleich mit der Stadt Thun inkl. den Piktogrammen und einer schriftlichen Übersetzung habe ich erwähnt.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldung mehr vor. Die Motionärinnen und Motionäre halten am Vorstoss fest. Der GGR fasst mit 23 zu 12 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die überparteiliche Motion betreffend Abfallmerkblatt in verschiedenen Fremdsprache wird begründet, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

3	10.372	Motionen
	30.490	Dreifachturnhalle

Motion SP-Fraktion betreffend Turnhalle Dennigkofen: Die Chance für eine Dreifachturnhalle in Ostermundigen; Begründung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat ein Alternativprojekt für den Umbau des Hallentraktes der Turnhalle Dennigkofen in eine Dreifachturnhalle vorzulegen und die zur Realisierung notwendigen Mehrkosten auszuweisen. Gleichzeitig muss dargelegt werden, wie das Verkehrsaufkommen bei Anlässen zu bewältigen ist und wie die Erschliessung mit dem Öffentlichen Verkehr bei Sportanlässen sichergestellt wird.

Begründung

Eines der Resultate des Bevölkerungsforums 2007 ist es, dass nach wie vor ein grosses Interesse an einer Dreifachturnhalle besteht.

Tatsächlich ist Ostermundigen eine der wenigen grösseren Gemeinden, die nicht über eine Infrastruktur verfügt, in der normgerechte Wettkämpfe in den Sportarten Volleyball, Handball, Unihockey oder Basketball durchgeführt werden können.

Der vorgeschlagene Standort beim Rothus ist aber aus finanziellen Überlegungen für Ostermundigen nicht realistisch. Sporthallen ohne gleichzeitige Nutzung durch Sportvereine und Schulen ziehen doppelte Kosten in der Abschreibung und annähernd doppelte Kosten im Betrieb nach sich, wenn es nicht gelingt, die Sporthalle durch eine eigenständige schulunabhängige Nutzung auch während des Tages voll auszulasten.

Die Erfahrungen mit Leistungszentren zeigt an vielen Orten, dass dies nur sehr schwer über längere Zeit zu realisieren ist. Über kurz oder lang werden diese Leistungszentren meist zu zusätzlichen Kostenblöcken für die Standortgemeinden. Der Betrieb einer Dreifachturnhalle ausserhalb des Komplexes einer Schulanlage, führt zu jährlich wiederkehrenden Kosten von mindestens einer halben Mio. Franken.

Wird die gewünschte Dreifachturnhalle ausserhalb eines Schulkomplexes realisiert, muss deshalb mit unverantwortbaren Kosten für die Gemeinde gerechnet werden.

Die Schulen Mösli und Rüti wurden ohne Dreifachturnhalle saniert. Das Schulhaus Rothaus ist fremd vermietet und verfügt über ein ausreichendes Hallenangebot. An der Schule Bernstrasse besteht unseres Wissens kein Bedarf. Wir gehen deshalb zur Zeit davon aus, dass an diesen Standorten die Realisierung einer Dreifachturnhalle erschwert ist und zu zusätzlichen Kosten führen würde.

Der Turnhallentrakt der Schule Dennigkofen soll in nächster Zeit saniert werden. Es ist davon auszugehen, dass ein Ausbau in eine Dreifachturnhalle - falls möglich - teurer wird. Dennoch wäre dieser Umbau sowohl im Betrieb wie auch in der Erstellung

günstiger als die Sanierung der Turnhalle Dennigkofen und der zusätzliche Bau einer Dreifachturnhalle.

Wir stellen deshalb den Antrag, dass diese Überlegung geprüft und weiter verfolgt werden soll. Im Rahmen dieser Überprüfung muss auch zwingend geprüft werden, wie das Verkehrsaufkommen bei Anlässen zu bewältigen wäre und wie die Er-schliessung mit dem öffentlichen Verkehr bei Anlässen sichergestellt wird.

Gleichzeitig ist noch einmal zu überprüfen, ob die oben gemachten Aussagen bezüglich der Standorte Mösli, Bernstrasse und Rüti korrekt sind.

Wer den deutlich und schon lange geäusserten Wunsch nach einer Dreifachturnhalle ernst nehmen will und die Realisierung ins enge finanzielle Korsett der Gemeinde einplanen will, muss eine Variante „Dreifachturnhalle Dennigkofen“ jetzt studieren. Nach der Sanierung der Turnhalle kann diese Chance nicht mehr wahrgenommen werden.

Christian Zeyer (SP): Auf die Details der Motion möchte ich nicht zurückkommen. Es geht mir nicht darum, ob jetzt eine Dreifachturnhalle im Dennigkofen gebaut wird oder nicht. Das ist nicht die Frage, sondern der Entscheid soll in einem politisch nachvollziehbarem Rahmen gefällt werden. Der offene Prozess soll diskutiert werden. Momentan wird darüber nicht diskutiert und dieser Umstand stört mich.

Uns ist allen bekannt, dass über eine Dreifachturnhalle debattiert werden muss. Die politische Forderung nach einer solchen Halle steht unwiderruflich im Raum. Gleichzeitig ist die Gemeinde Ostermundigen finanziell nicht auf Rosen gebettet. Unsere Politik hat sich dementsprechend auszurichten. Diese Turnhalle und die Infrastrukturen im Allgemeinen, welche nicht die dringenden Bedürfnisse wie z. B. Schulanlagen darstellen, sind ein finanzielles Risiko für die Gemeinde.

Soll die Dreifachturnhalle allein betrieben werden, sprengt dies den finanziellen Rahmen der Gemeinde. Partner zu finden, ist nicht leicht. Wenn Partnerschaften erfolgt sind, hat letztendlich doch die Gemeinde die finanziellen Konsequenzen zu tragen (siehe Sprungschanze in Engelberg, Nationales Sportzentrum in Huttwil etc.). Auch der Mysteriepark kann als unrühmliches Beispiel erwähnt werden. Die Standortgemeinden hatten einige Kosten zu übernehmen.

Die Geschichte ähnelt dem Märchen vom „Froschkönig“ - einfach von hinten her gelesen. Der Prinz wird geküsst und verwandelt sich in einen Frosch. Genau dieser Missstand darf nicht eintreten! Ich kann nicht beurteilen, ob die Erstellung einer Dreifachturnhalle im Dennigkofen richtig ist. Doch ich möchte diesen Sachverhalt diskutieren können. Eine Dreifachturnhalle im Dennigkofen kann gebaut werden, entsprechende Studien liegen bereits vor. Die Tatsache, dass eine Dreifachturnhalle gewünscht wird, steht im Widerspruch zu der Turnhallensanierung. Ein strategischer Entscheid muss aber umgehend gefällt werden. Braucht die Gemeinde eine Dreifachturnhalle?

Wenn sie keine benötigt, so lehnt der GGR heute Abend die Motion ab und das Geschäft ist vom Tisch. Doch wenn die Gemeinde eine Dreifachturnhalle braucht, stehen nur noch drei Möglichkeiten zur Verfügung:

- Der Bau auf der grünen Wiese;
- Der Bau im Dennigkofen;
- Die Schulraumplanung ändern und die Schulanlage Rothus zur eigenständigen Schule aufwerten.

Eine dieser drei Möglichkeiten fällt mit der sofortigen Sanierung der Turnhalle Dennigkofen bereits ausser Betracht. Ich kann die Frage nicht schlüssig beantworten, da mir die Fakten zur Diskussion fehlen. Ich bin jedoch klar der Meinung, dass es notwendig ist, solche strategische Fragen auch strategisch zu beantworten und diese nicht durch operative Entscheide zu blockieren. Diese Art von Politik wünsche ich mir in Ostermündigen nicht.

Ein Marschhalt ist notwendig. Strategische Überlegungen müssen gemacht werden. Die Grundlagen, was bedeutet eine Dreifachturnhalle im Dennigkofen, und welcher Entscheid soll gefällt werden, müssen herbeigeführt werden. Diesen Sachverhalt will die vorliegende Motion klären.

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Dem Gemeinderat war schon vor dem Bevölkerungsforum bekannt, dass der Wunsch nach einer Dreifachturnhalle in unserer Bevölkerung gross ist. Er teilt auch die Ansicht, dass eine solche Sportstätte unserer Gemeinde gut anstehen würde.

Die in der Motion angesprochene Schulanlage Dennigkofen ist bereits in den Jahren 2003/2004 von der damaligen „Spezialkommission Schulhaussanierungen“ als Standort für eine Dreifachturnhalle diskutiert worden. Eine detaillierte Machbarkeitsstudie hat damals gezeigt, dass dort die Realisierung einer solchen Halle möglich ist. Jedoch nur, wenn die bestehenden zwei Hallen (eine Einfach- und eine Zweifachturnhalle) abgebrochen und durch die neue Dreifachturnhalle ersetzt wird. Die Mehrkosten für einen solchen Umbau wurden damals mit 5 Mio. Franken berechnet. Bezogen auf den Kostenvoranschlag aus dem Jahre 1996, welcher für die Sanierung 8 Mio. Franken vorsah, hätte dies bedeutet, dass man für die Sanierung 13 Mio. Franken aufwenden müsste. Bei den heutigen Baukosten müsste man mindestens 6 Mio. Franken als Mehrkosten einsetzen.

Auf Antrag der erwähnten Spezialkommission hat der Gemeinderat am 8.6.2004 entschieden, die Sanierung des Hallentrakts der Schulanlage Dennigkofen gemäss dem Projekt „Minoptima“ aus dem Jahr 1996 (also ohne die Dreifachturnhalle) umzusetzen. Ein weiterer GR-Entscheid gegen die Dreifachturnhalle im Dennigkofen erfolgte noch im selben Jahr am 12.11.2004 im Rahmen einer Klausurtagung des Gemeinderats.

Aufgrund der unveränderten Randbedingungen sieht der Gemeinderat keine Veranlassung, heute auf seine damaligen Entscheide zurückzukommen. Er stützt sich im Wesentlichen auf die folgenden Argumente:

- In der Diskussion über den Bau einer Dreifachturnhalle, muss zuerst das Ziel festgelegt werden. Wenn in erster Linie der Bevölkerung, Jung und Alt, mehr Gelegenheit für sportliche Betätigungen geboten werden soll, müssten zusätzliche Turnhallen gebaut werden. Wir müssten die bestehenden Turnhallen sanieren und an einem dritten Standort zusätzlich eine Dreifachturnhalle bauen. Obwohl wir ein Bevölkerungswachstum anstreben, ist der Gemeinderat der Auffassung, dass das heutige Turnhallenangebot die Nachfrage der Bevölkerung langfristig abdeckt. Zusätzliche Turnhallen wären zwar wünschenswert, sie sind aber nicht Zwangsbedarf.
- Ersetzen wir beim Schulhaus Dennigkofen die bestehenden Turnhallen durch eine Dreifachturnhalle, ist der Flächengewinn nicht sehr gross. Die Fläche der beiden bestehenden Turnhallen beträgt 1'021 m²; bei der Dreifachturnhalle wären es 1'215 m². Die Differenz beträgt somit 194 m². Diese Flächendifferenz vermag die Mehrkosten von ca. 6 Mio. Franken und den dazugehörigen Folgekosten niemals zu rechtfertigen.

Für den Bau einer Dreifachturnhalle spricht somit nur ein Punkt: In der nach internationalen Normen dimensionierten Halle könnten Meisterschaftsspiele und Turniere mit Publikum durchgeführt werden! Trainieren kann man auch in den alten Hallen wie bisher. Die Folgen davon wären, ein gleich bleibender Betrieb, unserer schon heute voll ausgelasteten Hallen während der Woche, aber sprunghaft ansteigende Hallenaktivitäten von Sporttreibenden und Zuschauern über die Wochenenden. Diese Durchführung von Spielen mit Publikum ist in den Augen des Gemeinderats Wunschbedarf, zumal solche Anlässe schon heute in unmittelbarer Umgebung der Gemeinde durchgeführt werden können.

Es ist ein Fakt, dass die Schule die Dreifachturnhalle nicht benötigt und nicht will. Sie ist deshalb keineswegs bereit, bei der Sanierung, deren Planungsphase derzeit auf Hochtouren läuft, eine weitere Verzögerung in Kauf zu nehmen. Insbesondere nach der Fusion mit der Schule Rothus werden die im Hallentrakt vorgesehenen Räume dringend benötigt, um den Leistungsauftrag gemäss dem aktuellen Lehrplan überhaupt erfüllen zu können. Es müsste schon ein sehr grosses öffentliches Interesse geltend gemacht werden, um einer Schule eine unerwünschte Dreifachturnhalle aufzuzwingen.

Eine Annahme des Projekts mit Dreifachturnhalle ist wegen der Opposition aus den anliegenden Wohnquartieren zudem nicht gesichert. Mit diesem Ablehnungsrisiko ist die Projektverzögerung, welche wegen Umprojektierung und Volksabstimmung mindestens zwei Jahre beträgt, nicht zu verantworten.

Wie bereits gesagt, die Dreifachturnhalle könnte nur gebaut werden, wenn die beiden vorhandenen Turnhallen abgebrochen werden. Der Gewinn für die Vereine von Ostermundigen wäre demzufolge unter dem Strich, eine einzige Einfachturnhalle. Für diesen minimalen Gewinn sind die Mehrkosten von über 6 Mio. Franken mit den

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Februar 2008

kaum bezifferbaren Folgekosten für Abschreibung, Verzinsung und Betrieb völlig unverhältnismässig. Viele unserer Vereine benötigen nämlich zum trainieren, von der räumlichen Grösse her, eine Zweifachturnhalle (notabene wie die heutige grosse Turnhalle) und können gar nicht in einer Einfachturnhalle trainieren. Auch in einer Dreifachhalle würde somit nur in zwei Hallen trainiert nämlich in einem einfachen und in einem doppelten Teil. Damit reduziert sich der vermeintliche Hallengewinn auf null.

Die massive Erhöhung der Emissionen durch die zu- und weggehenden und fahrenden Personen während den Wochenenden sind für das Wohnquartier Dennigkofen nicht zumutbar. Sie würden sowohl dem Ergebnis des Bevölkerungsforums als auch der Motion vom 14. 2.2008, welche beide den Schutz der Wohnqualität in bestehenden Quartieren zum Ziel haben, widersprechen.

Die vorhandenen Parkplätze reichen bei den Wochenendnutzungen zudem nicht aus, was zu einem unerwünschten Suchverkehr und wildem Parkieren führt würde.

In diesem Sinn beantragt der Gemeinderat dem Parlament die Motion abzulehnen.

Lucia Müller (SVP): Im Jahr 2003 wurde eine Machbarkeitsstudie für dieses Anliegen erstellt mit dem Ergebnis, dass es durchaus realisierbar wäre. Machbar ja - aber wie sinnvoll? Laut dieser Studie waren einige Punkte nicht gelöst und sind es auch heute noch nicht.

Um es vorweg klar zu stellen: Hier ist die Forderung nach einer Mehrfachturnhalle auf dem Tisch und nicht nach einem Mehrzweckgebäude. Wer braucht also eine solche Mehrfachhalle? Das sind Sportvereine, welche nationale und internationale Wettkämpfe durchführen. Das würde eine Anpassung der entsprechenden Feldgrössen an diese Wettkampfmasse bedingen. Dies wiederum hätte zur Folge, dass auf dem bestehenden Untergrund auf Höhe Turnhalle auf beiden Seiten um je 7 bzw. 8 Meter nach aussen angebaut werden müsste. Bitte stellen wir uns dies doch einmal bildlich vor und dann müssen wir erkennen, dass dadurch die darunter liegenden Räume kaum mehr Tageslicht hätten. Die Schule benötigt aber genau diese Räume mit Tageslicht.

- Nutzungsbedarf:

Meine Tochter besucht im Dennigkofen zurzeit die 9.Klasse und kommt zweimal am Mittag nicht nach Hause, weil sie mehrere Freifächer besucht, welche in den Mittagspausen stattfinden. An diesen Tagen verlässt sie morgens um 7 Uhr das Haus und kommt erst am Abend einmal um 17.30 Uhr, das andere Mal um 15.45 Uhr wieder zurück. Im Sommer ist dies ja kein Problem, da sitzen sie draussen. Aber jetzt im Winter haben sie nicht einmal die Möglichkeit, irgendwo in einer Mikrowelle eine Suppe aufzuwärmen. Sie kommt jedes Mal völlig durchgefroren nach Hause, weil sie seit Morgens um 7 nichts Warmes mehr im Magen hat. Die Schule Dennigkofen hat also echte Bedürfnisse wie: die nach dem Zusammenschluss Dennigkofen/Rothus fehlende Schulküche, den Ausbau der zum jetzigen Zeitpunkt auf einem Minimalstandard befindlichen Bibliothek, eine bis anhin schlichtweg nicht vorhandene Aula, oder einen Raum, in dem die Schülerinnen und Schüler ihre Mittagsmahlzeiten ein-

nehmen könnten. Bestimmt könnte uns die Schulleitung noch anderen echten Bedarf aufzählen. Zur

- Auslastung: die Schülerzahlen in der ganzen Schweiz sind stark rückläufig. Das ist leider in Ostermundigen nicht anders! Der benötigte Schulturnraum ist mittelfristig in genügendem Masse vorhanden.
- Konsequenz einer Umplanung wäre zudem eine mindestens 2 jährige Verzögerung des Umbaus. Das wäre nun für die Schulanlage definitiv eine Katastrophe. Durch die Zusammenlegung der beiden Schulanlagen Rothus und Dennigkofen muss in möglichst kurzer Zeit eine Anpassung an die räumlichen Bedürfnisse erfolgen. Da wie gesagt z. B. ab Sommer 2008 für die öffentliche Schule von Ostermundigen eine bestens ausgebaute Schulküche weniger zur Verfügung steht und gleichzeitig in der heutigen Gesellschaft Ernährung und vor allem Fehlernährung bei vielen Fachleuten angeprangert wird, sollten wir als Gemeinde dafür sorgen, dass unsere Kinder auch in diesem Gebiet wenigstens eine minimale Schulung erhalten können.
- Verkehrsproblem: die Schule Dennigkofen ist nun definitiv der schlechteste Standort für eine Mehrfachhalle. Wenn wie eingangs erwähnt, dort grosse Wettkämpfe stattfinden sollen, muss der ganze Zubringer, öffentlich wie privat, aus Mangel an Alternativen durch das ganze Dorf geführt werden. Jeder Teilnehmende am Bevölkerungsforum muss doch gehört haben, dass gerade die Sportvereine geschlossen von diesem Standort abgeraten haben aus eben diesem Grund. Ich weiss mit Sicherheit, dass auch aus der SP zahlreiche Vertretende daran teilgenommen haben und frage mich - bei allem Respekt: Hören manche Politikerinnen und Politiker inzwischen wirklich nur noch das was sie hören wollen?
- Wir befinden uns ja in einem Wahljahr und manchen Leuten scheint wirklich jedes Mittel recht zu sein, sich bei der Wählerschaft bemerkbar zu machen!

Also, ein Mehrzweckgebäude wäre wunderschön und sicher auch wünschenswert für unsere Gemeinde. Es müsste aber dort erstellt werden, wo auch die nicht zu umgehende Verkehrsfrage optimal gelöst werden könnte. Es sollte nicht in einem Wohngebiet sein und vor allem muss es nicht unbedingt mit einer Schulanlage koordiniert werden, da die jeweiligen Nutzungsbedürfnisse sich nicht wirklich ergänzen. Das besagte Bevölkerungsforum hat ganz klar aufgezeigt, dass dieser Standort in der nördlichen Peripherie der Gemeinde sein müsste. Dort könnte dann vielleicht auch eine Ausnützung realisiert werden, die allen Beteiligten entspricht, ohne der Gemeinde neue Verkehrsprobleme zu schaffen. Und bitte denken wir auch an die Anwohner eines solchen Objekts. Eine Schule hat bereits einen hohen Belastungseffekt, da sollten wir doch wenigstens an den Wochenenden für ein wenig Entlastung sorgen!

Vielleicht könnten die Initianten ja schon mal auf Spendersuche gehen. Wenn dann die benötigten Millionen (in Köniz spricht man von einer zweistelligen Millionenzahl) zusammen sind, könnten wir hier dann gerne wieder über den Kredit für den jährlichen Unterhalt debattieren.

Die SVP-Fraktion lehnt die Motion aus den ausgeführten Gründen klar ab!

Walter Bruderer (FORUM): Es ist selbstverständlich, dass wir für eine Dreifachturnhalle plädieren. Am Bevölkerungsforum habe ich auch teilgenommen und für einmal das Wort nicht ergriffen!?! Ich hörte zu und nahm die Meinungen der anderen Teilnehmenden entgegen. Die Aussagen an diesem Forum haben sich mit meinen Überlegungen gedeckt.

Das Bevölkerungsforum verlangt ausnahmslos Wohnqualität in den Quartieren. Rund dreiviertel der Teilnehmenden hat sich für Sportanlagen im Rothus entschieden. Die Anwohnenden an der Oberen Zollgasse, Waldheimstrasse und Dennigkofenweg sind bereits heute vom Durchgangsverkehr stark belastet. Gemäss dem Verkehrskonzept müsste der Verkehr von und nach Gümligen halbiert werden. Das Verkehrskonzept sieht einen Pförtner auf der Höhe des Schwimmbads vor. Der Dennigkofenweg soll auf der heutigen Zubringerdienst-Strecke zwischen Hubelstrasse und Waldheimstrasse geöffnet werden. Dafür hatte seinerzeit Carlo Sechi spezielle Verhandlungen geführt und den Kompromiss ausgearbeitet, dass dafür der Verkehr auf dem Dennigkofenweg halbiert wird. Dass das FORUM die Wohnqualität der heutigen Anwohnenden auch schützen will, sollte allen bekannt sein.

Zum grossen Parking möchte ich erwähnen, dass gemäss Zeitungsberichten die Spiele des Handballvereins BSV-Bern von rund 950 Besucherinnen und Besucher verfolgt werden. Die Zuschauenden kommen sicher nicht nur aus Muri/Gümligen in die Mooshalle. Diese Zuschaueremenge benötigt genügend Parkplätze und ein attraktives ÖV-Angebot. Wie können heute rund 500 Personen gleichzeitig mit dem ÖV in eine Dreifachturnhalle Dennigkofen transportiert werden? Solche Zuschauerzahlen setzen auch voraus, dass genügend Zuschauerplätze vorhanden sind. Jede moderne Halle kennt heute Sitzplätze - auch aus Sicherheitsgründen. Modere Infrastrukturen (Buvette für Essen und Trinken, genügend WC-Anlagen etc.) werden heute ebenfalls vorausgesetzt.

Die Schulanlage Rothus ist im Gegensatz zum Dennigkofen besser mit dem ÖV (RBS-Linien S7 und B44) und dem Privatverkehr erschlossen. Die Stichstrasse durch die ehemalige Küntigrube soll die Erschliessung ab Ostermundigen noch verbessern. Für Parkplätze ist im Gebiet Rothus heute noch genügend Platz vorhanden.

In Ostermundigen fehlen auch unterteilbare Säle für Versammlungen, Ausstellungen, Konzerte, Theater etc. - also im weitesten Sinne eine Mehrzweckanlage. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er dem Parlament ein Gesamtkonzept „Dreifachturnhalle / Mehrzweckhalle“ vorstellt.

Wer den Finanzplan studiert hat weiss, dass bis zum Jahre 2012 noch 4,6 Mio. Franken an Eigenkapital übrig bleiben. Wir können bereits heute davon ausgehen, dass bis dann gar kein Eigenkapital mehr die Gemeindekasse füllt. Die von Gemeinderat Julmi erwähnten 6 Mio. Franken Mehrkosten für eine Dreifachturnhalle im Dennigkofen müssten fremdfinanziert werden.

Der Bau einer solchen Dreifachturnhalle im Rothus wäre problemlos erweiterbar. Im Gegensatz zum Dennigkofen wären die Interessen von Nachbargemeinden (Bolligen, Ittigen, Stettlen) sicher grösser.

Das FORUM will geeignete Sportstätten für den Aktivi-sport! Die Jungen, Mittelalterlichen und Alten sollen Sport betreiben. Zuschauen ist schön - doch Aktivi-sport ist besser. Wir lehnen den vorliegenden Vorstoss ab.

Synes Ernst (CVP): Auch die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Wir würden gerne etwas für den Sport tun und diesen unterstützen. Doch bei diesem Geschäft können wir nicht mitmachen. Es ist ein Widerspruch zwischen dem Wortlaut der Motion und der Begründung durch Christian Zeyer. Im Wortlaut wird der Gemeinderat beauftragt, ein Alternativprojekt für den Umbau des Hallentrakts der Turnhalle Dennigkofen in eine Dreifachturnhalle vorzulegen. Somit geht es da bereits um ein konkretes Projekt. Die anderen Äusserungen stellen eine Analyse dar, wie die Situation der Turnhallen mit einer Dreifachturnhalle inkl. geeigneter Standort aussehen könnte. Ein allgemeines Raumkonzept hat die Raumbedürfnisse umfassend darzulegen. Das Bevölkerungsforum wünschte primär eine Mehrzweckhalle. Für den Bau einer reinen Dreifachturnhalle und für die Kulturbedürfnisse der Gemeinde fehlt das Geld.

Renate Bolliger (EVP): Grundsätzlich steht die EVP-Fraktion einer Dreifachturnhalle positiv gegenüber. Wir verstehen die Argumente der Motionäre. Wir haben ebenfalls Recherchen angestellt und sind zu folgendem Schluss gekommen:

- Eine Dreifachturnhalle würde hauptsächlich am Wochenende für Unihockey-, Handball- und Basketballturniere benutzt. Die Ostermundigenvereine würden die Halle unter der Woche nicht unbedingt benötigen.
- Die Schule Dennigkofen hat kein Bedürfnis für eine Dreifachturnhalle angemeldet. Der Schulbetrieb kommt mit den beiden vorhandenen Turnhallen aus.
- In Bezug auf den Standort Dennigkofen setzen auch wir einige grosse Fragezeichen. Wenn die Probleme zufriedenstellend gelöst werden könnten, unterstützen wir den Bau einer Dreifachturnhalle. Die Planung für den Umbau im Dennigkofen läuft und Bedürfnisabklärungen wurden bereits vorgenommen. Das Rothus zügelt in das Dennigkofen. Die Bedürfnisse der Schule dürfen nicht ignoriert werden.
- Die Sanierung der Turnhallen im Dennigkofen darf nicht verzögert werden. Die Renovation ist umgehend an die Hand zu nehmen. Deckenplatten haben sich bereits gelöst und sind hinunter gefallen. Die Sicherheit in den Turnhallen kann nicht mehr hundertprozentig gewährleistet werden. Die Planung einer Dreifachturnhalle bringt Verzug in die dringenden Sanierungsausführungen.
- Die Machbarkeitsstudie wurde bereits durchgeführt. Für eine Dreifachturnhalle müssen 6 Mio. Franken zusätzlich aufgewendet werden. Ist uns das soviel Wert? Momentan lässt die finanzielle Lage der Gemeinde keine solchen heiklen Geschäfte zu.

- Der Verkehr nimmt vor allem an den Wochenende von den Hallenbenutzenden zu. Der ÖV bietet heute keine guten Anschlüsse. Auch die Zuschauenden reisen mit dem Auto an.
- Wir bevorzugen eine Mehrzweckhalle mit Standort „Rothus“ anstelle einer Dreifachturnhalle im Dennigkofen. Den Standort „Dennigkofen“ können wir nicht unterstützen und aus diesem Grund auch die vorliegende Motion nicht.

Heinz Gfeller (FDP): Wir haben bereits viele Argumente aus dem Rat vernommen. Ein Konzept auf strategischer Ebene wird nicht gut, wenn dieses von Beginn weg verfehlt ist. Der Standort Dennigkofen eignet sich dafür klar nicht. Eine Mehrfachturnhalle stellt finanziellen Wunschbedarf dar. Wir sind uns da im Rat einig und haben dies bereits mehrmals mit der Absegnung von Budget und Finanzplan kund getan. Soll eine Dreifachturnhalle gebaut werden, müssen wir zuerst einen neuen Ansatz entstehen lassen.

Wir bitten den Rat dringend, diese Motion abzulehnen. Gerne bieten wir Hand, dass dahinter liegende Anliegen direkt mit adäquaten Mitteln an die Hand zu nehmen, z.B. mit dem Ansatz "Public Privat Partnership²" mit verschiedenen Partnern. Die Standortwahl ist dabei im offenen politischen Dialog zu klären. Das Bevölkerungsforum hat dazu bereits einen konstruktiven Beitrag geleistet.

Unsere klare Haltung zur Motion: Wir lehnen diese Motion in dieser Form ab.

Christian Zeyer (SP): Ich finde es ganz toll! Wir diskutieren über ein unbekanntes Projekt. Wir können viele Argumente entgegen nehmen, welche nur „vom hören Sagen“ bekannt sind. Wir äussern uns über Pro und Kontra ohne entsprechende Grundlagen zu kennen. Wir lehnen etwas ab, obwohl wir nicht wissen, ob die Angelegenheit gut oder schlecht ist.

Viele Voten nennen den Wunschbedarf (Gemeinderat), echte und unechte Bedürfnisse (seitens der SVP), die Benutzung der Sporthalle ist hauptsächlich am Wochenende vorgesehen und die schönen Blumenkohlwolken (Begriff aus der Wettervorhersage) führen meistens zu einem heftigen Gewitter. Vor allem die Blumenkohlwolke „Public Private Partnership“ führt häufig zu einem finanziellen Fiasko. Auch die Suche nach Sponsorengelder (Aussage SVP) um die jährlichen Betriebskosten von einer Million Franken zu tilgen, ist fragwürdig.

Mir ist bewusst, dass mit der Ablehnung dieser Motion auch der „Traum einer Dreifachturnhalle“ mit grösster Wahrscheinlichkeit vorbei ist. Dieser Vermerk wird so ins Protokoll übernommen. Die politische Gemeinde wird sich auch entsprechend danach ausrichten.

² Nach Wikipedia: Als **Public Private Partnership** (Abkürzung PPP), auch **Öffentlich-Private Partnerschaft** (ÖPP), wird die Mobilisierung privaten Kapitals und Fachwissens zur Erfüllung staatlicher Aufgaben bezeichnet. Im weiteren Sinn steht der Begriff auch für andere Arten des [kooperativen](#) Zusammenwirkens von [Hoheitsträgern](#) mit privaten [Wirtschaftssubjekten](#). PPP geht in vielen Fällen mit einer Teil-[Privatisierung](#) von öffentlichen Aufgaben einher.

Aliki Maria Panayides (SVP): Ich bitte dich, Christian Zeyer, dass nächste Mal deinen politischen Vorstoss so zu formulieren, wie du ihn gerne hättest. Es darf nicht eine Diskussion geführt werden, zu einem Text der nicht zur Diskussion passt. Während dem Bevölkerungsforum sassen wir am selben Tisch und haben eifrig diskutiert. Damals warst du ebenfalls der Meinung, dass sich die Gemeinde momentan eine Dreifachturnhalle nicht leisten kann. Ich sehe deine Meinungsänderung nicht ein!

Christian Zeyer (SP): Wenn wir uns eine Dreifachturnhalle irgend einmal leisten können, so kommt für mich nur der Standort „Dennigkofen“ in Frage. Aus diesem Grund habe ich die vorliegende Motion eingereicht. Offenbar ist das Bedürfnis nicht gross genug. Ich gebe zu, dass momentan Schwierigkeiten für einen solchen Bau vorhanden sind. Ein Ausführungsprojekt, welches die notwendige Diskussion Pro und Kontra zulässt, steht nicht zur Verfügung. Die Motion will primär, dass ein Ausführungsprojekt erstellt wird, damit danach eine sachliche Diskussion geführt werden kann. Bereits heute Überlegungen betreffend Verkehr, Nutzungen, Notwendigkeiten etc. anzubringen, ohne die detaillierten Informationen zu kennen, erscheint mir nicht sinnvoll. Es zeigt sich, dass diese Prüfung - welche nicht x-tausende von Franken kostet - gar nicht durchgeführt werden soll. Wieso soll diese Prüfung nicht durchgeführt werden? Die Prüfung soll nicht stattfinden, da es sich hier um „Wunschbedarf“ handelt. Eine Prüfung soll nicht vorgenommen werden, da dieses Geschäft keine Wichtigkeit hat. Dieser Umstand sollte der Bevölkerung bekannt gemacht werden. Solche wichtigen Entscheidungen dürfen nicht hinter den verschlossenen Türen der Politik ablaufen. Die letzte Chance für den Bau einer Dreifachturnhalle wird mit der Ablehnung der Motion vertan und wir können dieser Chance nur noch hinterher winken. Dieser Missstand darf nicht eintreffen!

Dem Rat steht es frei, die Motion abzulehnen. Ich kann den Entscheid akzeptieren und kann mir auch vorstellen, dass die Gemeinde Ostermundigen ohne den Bau einer Dreifachturnhalle weiter bestehen kann. Doch wir müssen klaren Wein einschenken. Ich setze mich für eine transparente Politik ein. Was ist zahlbar, was ist machbar und dies auf der Basis von gute überlegten Konzepten.

Lucia Müller (SVP): Es dürfen nicht alle Argumente entkräftet werden. Der Zeitdruck ist vorhanden. Eine Neuplanung würde die Sanierung im Dennigkofen um mindestens zwei Jahre verzögern. Diese Situation kann die Schule Dennigkofen mit der Zusammenlegung der Schule Rothus nicht verkraften. Wir haben dringenden Bedarf zu Anpassungen.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der GGR fasst mit 21 zu 11 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion der SP-Fraktion betreffend Turnhalle Dennigkofen: Die Chance für eine Dreifachturnhalle in Ostermundigen wird begründet und abgelehnt.

4 10.372 Motionen
 50.811 Gemeindepolizei

Motion N. Riesen (SP) betreffend mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum von Ostermundigen; Begründung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, via Gemeindepolizei (und nach der Kantonalisierung der Polizei durch entsprechende Leistungsvereinbarung mit der Kantonspolizei) dafür zu sorgen, dass die Präsenz von Polizeipatrouillen im öffentlichen Raum unserer Gemeinde deutlich erhöht werden kann. Die entsprechenden Mehrkosten dürfen Fr. 100'000.-- pro Jahr nicht übersteigen.

Begründung

Sicherheit ist ein zentrales Bedürfnis des Zusammenlebens unserer Gemeinde. Es ist anspruchsvoll, wirkungsvolle Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit zu finden und umzusetzen. In jedem Falle bedingt ein umfassendes Sicherheitskonzept Massnahmen von der Prävention bis zur Sanktion. Erfolgreiche und zwischenzeitlich realisierte Vorstösse der SP wie die Einführung der Schulsozialarbeit oder die Schaffung von Attestlehrstellen auf der Gemeindeverwaltung passen genauso in ein umfassendes Gesamtkonzept wie die obligatorischen Sprachtests für einbürgerungswillige Mitmenschen. Diese gesellschaftlichen Investitionen lohnen sich, auch wenn die Rendite nicht immer auf den Franken genau berechnet werden kann.

Zahlreiche Kontakte mit Ostermundigerinnen und Ostermundigern zwischen 14 und 90 Jahren haben mir gezeigt, dass die Sicherheit im öffentlichen Raum von Ostermundigen eher ab- als zugenommen hat. Immer mehr jüngere Frauen und Männer lassen sich zu jeder Tages- und Nachtzeit von Eltern oder Bekannten abholen, weil sie an unterschiedlichen Orten in der Gemeinde von Jugendgruppen äusserst aggressiv angegangen werden und Kolleginnen und Kollegen kennen, welche Opfer körperlicher Gewalt geworden sind. Erschreckend ist dabei, wie auch die Berner Spitäler schon kommuniziert haben, die rücksichtslose Brutalität wie Schläge auf den Kopf und Tritte in den Leib. Dass die meisten Schlägerinnen und Schläger sich nur in der Gruppe stark fühlen und oftmals keine einfache private und berufliche Lebenssituation aufweisen, kann kein Trost sein. Eine sichtbare Polizeipräsenz wird dabei, sei es nach der Ankunft des Moonliners in der Nacht, bei der Bushaltestelle Dreieck nach den Samstagseinkäufen oder wo und wann auch immer nötig, von der Bevölkerung sehr positiv wahrgenommen. Auch wenn eine vollständige Sicherheit vor Überfällen in Ostermundigen nie realisiert werden kann, so kann die Sicherheit bei Annahme dieser Motion immerhin verbessert werden. Die Kosten von Fr. 100'000.-- sind für unsere Gemeinde zwar kein „Pappenstil“, doch darf bei dieser Gelegenheit immerhin darauf hingewiesen werden, dass allein der jährliche Bussenertrag der Gemeinde im Jahr 2006 über Fr. 800'000.-- betragen hat. Zudem: Auch eine höhere Polizeipräsenz ist letztlich eine sinnvolle Investition in die spürbare Lebensqualität unserer Gemeinde!

Norbert Riesen (SP): Eine umfassende Sicherheitspolitik von der sozialen Sicherheit bis zum Schutz von physischen Übergriffen, von der Prävention bis zur Missbrauchsbekämpfung steht seit Jahren im Zentrum der SP-Ostermundigen. Wir sind dankbar, dass viele unserer Anträge und politischen Vorstösse (z. B. Ostermundigen will nur faire Partner; die Einführung der Schulsozialarbeit; Erhöhung der gemeindeeigenen Lehr- und Vorlehrstellen; Ausbau der Programmplätze für stellenlose Menschen) eine Mehrheit im Parlament gefunden haben. Auch das Projekt „Zusammenleben in Ostermundigen“, welches an der nächsten GGR-Sitzung behandelt wird, zielt in die gleiche Richtung, welche die SP-Fraktion unterstützt. In der Sicherheitspolitik und im Sicherheitsbereich ist ein starker „Service public“ notwendig. Der Normalbürger kann sich keine Bodyguards leisten. Wohin letztendlich „Public Privat Partnership“ im Sicherheitsbereich führt, haben die privaten Sicherheitsorganisationen im Irak (Blackwater³) gezeigt.

Heute ist „Valentinstag“! Ich möchte danken, dass auch andere Parteien unsere Anliegen unterstützt haben. Die Schulsozialarbeit ist ein gutes Beispiel über die Zusammenarbeit und Diskussionsführung über die Parteigrenzen hinweg.

Zur Motion möchte ich noch erwähnen, dass ich diese ohne Vorabstimmung (auch nicht mit der SP) eingereicht habe. Wir haben heute Zeit, über das Thema „Sicherheit“ angemessen zu diskutieren. Ich bin mir bewusst, dass der Wortlaut der Motion nicht „das Gelbe vom Ei“ ist. Die Reaktionen haben aber gezeigt, dass das Anliegen begründet ist. Die meisten Rückmeldungen waren positiv. Aus diesem Grund habe ich versucht, den Motionswortlaut zu überarbeiten. An der verbindlichen Form der Motion möchte ich festhalten. Der neue Wortlaut der Motion lautet wie folgt:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem GGR innert sechs Monaten ein Konzept (inkl. Kostenfolge) vorzulegen, wie die Sicherheit im öffentlichen Raum unserer Gemeinde und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gesteigert werden können. Die stärkere Präsenz von Polizeipatrouillen ist als eine der möglichen Massnahmen zwingend zu beurteilen. Gleichzeitig ist aufzuzeigen, ob die Kosten gesenkt werden können, wenn sämtliche administrativen Arbeiten im Departement Öffentliche Sicherheit auf dem Niveau des gesetzlichen Minimums erfolgen.

Uns geht es primär darum, dass die Polizei vor Ort ist - dort wo es brennt. Ein Bürokrieg ist zu vermeiden. Ich hoffe, dass die Motion mit geändertem Wortlaut eine Mehrheit im Rat findet. Wir können der Bevölkerung zeigen, dass die gerechtfertigten Sicherheitsbedürfnisse durch uns Ratsmitglieder ernst genommen werden und wir etwas dagegen unternehmen wollen. Es kann nicht sein, dass Leute jeglichen Alters und Geschlechts auf den Ausgang verzichten, nur weil sie Angst haben. Diese Art von Lebensqualität darf in Ostermundigen nicht einkehren!

Ich bin mir bewusst, dass nicht alle Missstände aus dem Weg geräumt werden können. Doch wenn wir nur schon einen Übergriff mit Körperverletzung verhindern kön-

³ Nach Wikipedia: **Blackwater Worldwide** ist die größte amerikanische [private Sicherheits- und Militärfirma](#), die 1997 gegründet wurde. Laut Eigendarstellung ist Blackwater Worldwide militärischer Dienstleister für Regierungsbehörden, Justiz und Bürger. Das Unternehmen bietet ferner Training sowie die Durchführung von strategischen und punktuellen [Operationen](#) an.

nen, so hat sich diese Investition bereits gelohnt. Ich bin gespannt auf die Diskussion. Ich möchte an den Geist des zukünftigen US-Präsidenten, Barack Obama⁴, erinnern und sagen „Yes we can!“. Wir werden Lösungen finden, welche den Sicherheitsbedürfnissen Rechnung tragen.

Noch ein Wort zur Presse:

Die Presse zeigt sich oftmals überrascht. Doch wir können darauf aufmerksam machen mit dem Vermerk: „Schaut mehr in die Zukunft“. Ich habe noch nie in den Lokalpresse gelesen, dass von einem „weissen“ US-Präsidentschaftskandidaten Obama gesprochen wurde. Die Presse schreibt immer kritiklos von „schwarz“. Dabei ist die Hautfarbe nicht so wichtig und es wäre mehr weiss/schwarz oder grau. Spass beiseite! Diese Überlegungen könnten einmal gemacht werden. Die Macht des Wortes ist zu hinterfragen: Ist es sinnvoll, in jedem Artikel von „schwarz“ zu reden, bei einem Menschen, der eine „weisse“ Mutter und einen „schwarzen“ Vater kennt?

Gemeinderat Thomas Iten (SP): Die vorliegende Motion beklagt, dass die Sicherheit im öffentlichen Raum in Ostermundigen abgenommen habe. Diese Entwicklung ist laut Motionstext insbesondere auf aggressive Jugendgruppen und eine erhöhte Brutalität der Täterschaft zurückzuführen. Der Motionär fordert daher eine erhöhte Polizeipräsenz.

Die Statistik der Kantonspolizei zeigt in Ostermundigen für die Jahre 2005 bis 2007 keinen Deliktsanstieg. Dabei ist festzuhalten, dass nicht einmal alle aufgeführten Delikte den öffentlichen Raum belasten. In den Bereichen Körperverletzung und Tötlichkeiten werden nämlich Delikte im öffentlichen und im privaten Raum gemeinsam erhoben. Ein beträchtlicher Anteil dieser zwei Deliktstypen belastet also den mit Polizeipatrouillen zu kontrollierenden öffentlichen Raum gar nicht. Zusammenfassend lässt sich daher festhalten, dass Delikte im öffentlichen Raum sogar leicht abgenommen haben. Einzig bei den Körperverletzungen ist ein gewisser Anstieg auszumachen. Dies ist jedoch im Wesentlichen auf den Umstand zurückzuführen, dass seit 1.1.2006 die Körperverletzung in der Familie (häusliche Gewalt) als Offizialdelikt gilt. Generell kann denn auch darauf hingewiesen werden, dass laut Kantonspolizei die Deliktszahlen für Ostermundigen im Vergleich eher tief liegen.

Das sich aus der Statistik ergebende Bild, deckt sich im Wesentlichen mit der Erfahrung unserer Gemeindepolizei im Alltag. Diese stellt keine generelle Steigerung von Gewaltdelikten im öffentlichen Raum fest. Zwar kann sich vereinzelt immer wieder eine problematische Jugendgruppierung bilden. Eine solche gab es beispielsweise im vergangenen Frühjahr. Nachdem jedoch die Rädelsführer in geschlossene Einrichtungen verbracht werden konnten, hat sich die Situation wiederum beruhigt.

⁴ **Barack Hussein Obama, Jr.** (* 4. August 1961 in Honolulu, Hawaii) ist ein US-amerikanischer Senator (Demokratische Partei), Jurist und US-Präsidentschaftskandidat. 2004 wurde Obama für Illinois in den Senat gewählt und ist damit der fünfte afroamerikanische Senator in der US-Geschichte und als derzeit einziger im Amt.^[1] Am 10. Februar 2007 gab er in Springfield (Illinois) seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2008 bekannt. Obama gehört zu den führenden Kandidaten im demokratischen Rennen.

Selbstverständlich kann die Deliktsstatistik nicht das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger widerspiegeln. Angesichts der täglichen detaillierten Berichterstattung der Medien über brutale Gewalttaten in der Schweiz, ist die Besorgnis in der Öffentlichkeit verständlich. Laut der im Jahre 2004 in Ostermundigen gemachte Bevölkerungsumfrage sahen zwar nur 1,59 % der Befragten die Sicherheit als wichtigstes Thema für die Zukunft. Die Umfrage liegt jedoch einige Zeit zurück. Der Gemeinderat wird daher in der für 2008 geplanten erneuten Bevölkerungsumfrage die Thematik „Sicherheit“ vermehrt gewichten. Dadurch sollen zukünftige Massnahmen auf der Basis eines möglichst repräsentativen Bildes des Sicherheitsempfindens der Bürgerschaft ergriffen werden können.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Sicherheitssituation im öffentlichen Raum Ostermundigens nach Ansicht des Gemeinderates nicht als alarmierend betrachtet werden kann. Einzelfälle kommen leider immer wieder vor und sind sehr zu bedauern. Teilweise ist auch die Entwicklung in den städtischen Zentren besorgniserregend. Bislang konnte jedoch nicht festgestellt werden, dass die Nähe zu Bern sich auf die Gewaltsituation in Ostermundigen problematisch ausgewirkt hätte. Die weitere Entwicklung ist aber selbstverständlich im Auge zu behalten.

Aufgrund der obigen Einschätzung der Situation erachtet es der Gemeinderat nicht als geboten, das bisherige Gemeindepolizeiteam personell weiter zu verstärken. Zum einen ist angesichts der eher geringen Zahl von Delikten im öffentlichen Raum fraglich, ob durch einen weiteren Polizisten tatsächlich zukünftige Vergehen verhindert werden könnten. Bei gerade mal 50 in der Statistik ausgewiesenen Delikten im Jahre 2007 - davon viele nicht im öffentlichen Raum stattfindend - würde es einem grossen statistischen Zufall gleichkommen, dass ein solches Delikt durch die mit einer Person mehr möglichen vermehrten Patrouillen verhindert werden könnte. Auch ist fraglich, inwieweit im Angesicht des Übergangs der Patrouillentätigkeit an den Kanton im Rahmen von „Police Bern“ noch jemand Qualifizierter für einen befristeten Einsatz bis Ende 2009 gefunden werden könnte. Eine gangbare Lösung würde wohl lediglich der Einkauf von Securitas-Mannstunden darstellen. Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass der vom Motionär angesprochene jährliche Bussenertrag von 0,8 Mio. Franken bereits heute vollumfänglich zur Deckung von Ausgaben in anderen Sicherheitsbereichen verwendet wird. Insofern würde eine Aufstockung des Personals im Betrag von Fr. 100'000.-- die Gesamtrechnung verschlechtern. Abschliessend sei mit Blick auf die finanzpolitischen Zielsetzungen des Gemeinderates auch noch daran erinnert, dass die vorliegende Forderung nach mehr Polizeikräften der beschlossenen Stellenplafonierung zuwiderläuft.

Auf der Basis des Ausgeführten erachtet es der Gemeinderat als richtig, die Situation weiter im Auge zu behalten. In diesem Sinn sollte wie bereits angetönt vor allem das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger bei der nächsten Bevölkerungsumfrage genauer eruiert werden. Die Sicherheitssituation wird selbstverständlich auf der Basis der Deliktsstatistik fortlaufend weiter beobachtet. Bei Bedarf werden die nötigen Massnahmen im präventiven wie auch repressiven Bereich eingeleitet. Insbesondere wird der Gemeinderat, sobald die Resultate der angesprochenen Bevölkerungsumfrage vorliegen, den Grossen Gemeinderat über die Ergebnisse informieren und soweit notwendig weitere Sicherheitsmassnahmen vorschlagen. Der Ge-

meinderat ist bereit, die Anliegen des Motionärs auch mit geändertem Wortlaut in diesem Sinne als Postulat entgegenzunehmen.

Walter Bruderer (FORUM): Besten Dank, Norbert Riesen, für die Abänderung des Motionswortlautes. Wir sind bereit, die Motion zu überweisen. In der neuesten Nummer der Zeitschrift „Berner Hauseigentümer“ wird über eine Initiative in der Stadt Bern orientiert. Sie trägt den Titel „Für eine echte, nachhaltige Verbesserung der Sicherheit“. Die Initiative will die jährliche Polizeipräsenz von heute 65'000 Stunden auf 110'000 Stunden steigern. Auch die Arbeit im Bereich „Gewaltprävention“ will sie von 15'000 auf 25'000 Stunden erhöhen. Bei beiden Zielen sind es rund 70 % mehr Stunden als bisher. Vom Gemeinderat möchten wir erfahren:

- Ist die Sicherheitsproblematik in Bern mit Ostermundigen vergleichbar?
- Was könnte in Ostermundigen mit Fr. 100'000.-- konkret verbessert werden?
- Inwieweit ist das Problem von Gewaltakten mit mehr Polizeipräsenz lösbar?

Eine Jugendordnung, wie sie früher in den Gemeinden üblich gewesen ist, erachten wir auch als eine sinnvolle Basis, um die Sicherheit zu verbessern. Die öffentliche Hand sollte Vorschriften aufstellen und vor allem auch durchsetzen, um Gewalt und Unsicherheit vorzubeugen.

Wir stimmen der Motion zu, möchten aber beliebt machen, dass man weder natürliche noch juristische Personen schont, die der totalen Freiheit und dem Profit zuliebe, Gewalt auf mannigfache Weise als normal einstufen. Auch in der Presse „20-Minuten“ war zu lesen: „Dyledin; eine neue Modedroge macht Jugendliche aggressiv“. Das ist eine Information. Jugendliche sollten diese Droge nicht einnehmen, bevor sie an einen Fussballmatch gehen und Radau machen. Heute werden die Jugendliche über die Medien negativ beeinflusst. Im Alter zwischen 10 und 20 Jahren haben die Jugendlichen oftmals das Gefühl, dass sie alles machen dürfen - ohne die Konsequenzen zu hinterfragen.

Heinz Gfeller (FDP): Die FDP Fraktion erachtet das Anliegen der Motion, das hier indirekt angesprochen wird, für wichtig und richtig. Es geht nämlich darum, den Einwohnenden unserer Gemeinde glaubwürdig zu vermitteln, dass die Sicherheit in unserer Gemeinde gewährleistet ist. Sicherheit erreichen wir

- durch den direkten Dialog;
- durch konsequentes Anwenden unserer Gesetze und Reglemente.

Auch müssen wir auf folgende fragliche Punkte hinweisen:

- Wie werden die Polizeikräfte des Kantons und der Gemeinde heute eingesetzt?
- Welcher Anteil der Arbeitszeit wird zu den angefragten Zeiten, nämlich vor allem in den Nächten Freitag - Samstag - Sonntag aufgewendet?
- Welcher Anteil der verfügbaren Arbeitszeit wird für Büroarbeit aufgewendet?

- Wie effektiv und effizient wird der administrative Aufwand in der Polizeiarbeit erledigt?
- Wie effektiv sind die Polizeikräfte aktuell organisiert?
- In welche Richtung wird sich die Organisation der Polizeikräfte mit „Police Bern“ weiterentwickeln?

Wir befinden uns in einer sehr interessanten Situation, was die Sicherheitsfrage angeht. Die FDP-Fraktion ist bereit, die Motion zu unterstützen. Allerdings unter der Voraussetzung, dass die Frist von „innert 6 Monaten“ gestrichen wird. Ein „Gjufu“ ist zu vermeiden. Ich bitte den Motionär, die drei Wörter im Wortlaut zu eliminieren.

Aliki Maria Panayides (SVP): Ich will nicht zuerst den zukünftigen Präsidenten der USA, John McCain⁵, zitieren; wir sind hier in der Schweiz. Ich möchte Kollege Norbert Riesen ein Beitrittsformular für die SVP-Kanton Bern abgeben. Du nimmst immer wieder Themen unserer Partei auf. Vielleicht wäre es besser, wenn du zu der Partei übertrittst, die dieses Parteiprogramm vertritt. ☺ Vielleicht sind es die Gemeindewahlen im Herbst und die SP ergreift die gleichen Mittel wie die glücklose Zürcher Ständeratskandidatin, welche sich im Wahlkampf um die Sicherheitspolitik der Bürgerinnen und Bürger sorgt.

Es ist schon komisch! Wenn die SVP von Sicherheit spricht, dann ist das Panikmache. Wenn die SP von Sicherheit spricht, so handelt es sich um ein zentrales Bedürfnis des Zusammenlebens in unserer Gemeinde. Der SVP-Fraktion sind die Bedürfnisse der Gemeindebürgerinnen und -bürger nicht nur alle vier Jahre ein paar Wochen vor den Wahlen ein zentrales Thema - sondern immer.

Es freut uns, dass sich Norbert Riesen unseren Anliegen anschliesst und sich gleichzeitig noch um deren Kosten Sorgen macht. Die Finanzen sollten nicht zum jetzigen Zeitpunkt aus dem Ruder laufen, sind diese doch in SP resp. Grüner Hand. Es stimmt: Investitionen in mehr Sicherheit bedeuten mehr Lebensqualität. Für die SVP ist damit nicht nur mehr Polizeipräsenz angesagt, sondern wichtig ist uns eine gezielte Investition in die Videoüberwachung in Ostermundigen. Damit könnte den Anfängen der Kriminalität - dem Vandalismus - entgegengewirkt werden. Mit Respektlosigkeit gegenüber dem öffentlichen Grund und dem Privatbesitz fängt es an. Mit der Respektlosigkeit gegenüber den Menschen geht es weiter. Bis wir bei der Gewalt und Brutalität sind, welche wir heute feststellen müssen.

Als die SVP-Fraktion sich für die Massnahmen gegenüber Vandalismus eingesetzt hat, wurden die finanziellen Mitteln in Frage gestellt. Jetzt sind wir bei sovielen

⁵ **John Sidney McCain III** (* 29. August 1936 auf der Basis [Coco Solo](#) in der [Panamakanalzone](#)) ist ein US-amerikanischer Politiker ([Republikanische Partei](#)) und seit 1987 [Senator](#) für den [US-amerikanischen](#) Bundesstaat [Arizona](#). Im Jahr 2000 bewarb er sich um das Amt des [US-Präsidenten](#), scheiterte in der Vorwahl jedoch gegen [George W. Bush](#). Er erklärte seinen erneuten Antritt für die [Präsidentchaftswahl 2008](#) und ist der aussichtsreichste Kandidat der Republikanischen Partei im Kampf um die Nominierung.^[1] Er ist ein ehemaliger [Jagdflyger](#) der [United States Navy](#) und geriet im [Vietnamkrieg](#) in mehrjährige [Kriegsgefangenschaft](#).

Überfallen angelangt, dass es höchste Zeit ist, etwas dagegen zu tun. Wir unterstützen die Idee der Motion für mehr Sicherheit. Der Wortlaut wurde bereits geändert. Auch wir wollten eine offenere Formulierung, in welche auch die Videoüberwachung Platz findet. Den letzten Satz des neuen Wortlautes möchten wir noch streichen. Die Kostenprobleme liegen nicht primär in der Abteilung Öffentliche Sicherheit. Vielleicht kann in der Administration allgemein oder beim Personaldienst der Sparstift angesetzt werden.

Ich bitte Norbert Riesen, den letzten Satz zu modifizieren oder ganz zu streichen. Dann können wir die Motion vorbehaltlos unterstützen. Ich erwarte vom Gemeinderat, dass Massnahmen in Bezug auf die Videoüberwachung überprüft werden.

Dem Votum von Gemeinderat Thomas Iten möchte ich noch anfügen, dass eine Vergleichsperiode von zwei bis drei Jahren nicht aussagekräftig genug ist. Die Statistikzahlen sollten im Minimum 10 bis 20 Jahre zurückgehen. Es ist nicht das Sicherheitsbefinden der Bevölkerung das falsch läuft, die effektive Sicherheit ist heute nicht mehr gewährleistet. Es braucht Massnahmen im Sinne der vorliegenden Motion. Wir unterstützen die Motion. Die Überweisung eines Postulats bringt sicher nichts. Vielleicht kann über die Parteigrenzen hinweg und nicht nur im Wahljahr eine einvernehmliche Lösung gefunden werden.

Philippe Gerber (EVP): Die EVP-Fraktion unterstützt die Motion mit abgeändertem Wortlaut ebenfalls. Die erste Variante war zu eng verfasst. Wir haben viele Wahlkampfvoeten vernommen. Ich bin froh, dass Thomas Iten die Statistikzahlen erwähnt hat. Es sind nicht die Straftaten in Ostermundigen, welche zugenommen haben; es ist unser Sicherheitsgefühl, dass durch Hetzkampagnen einiger Grossparteien gegen die ausländische Bevölkerung lanciert wurde.

Tatsache ist, dass vor allem bei der älteren Bevölkerung das subjektive Sicherheitsbefinden fehlt. Wir müssen diese Situation sehr ernst nehmen und etwas dagegen tun. Ob die Straftaten zu- oder abnehmen ist egal. Wir sind zum Handeln für die Sicherheit aufgefordert. Es muss nicht a priori die Polizei sein. Der Job kann auch von einem markierten Hundeführer erledigt werden.

Norbert Riesen (SP): Ich bin ein Mensch, welcher mit allen Leuten spricht, auch mit denen die nicht gleicher Meinung sind wie ich bin. Die Liebeserklärung von Aliko Panayides geht mir zu weit und ich muss diese ablehnen. Eine Anregung will ich noch aufnehmen. Ich bin Thomas Iten dankbar, dass er bestätigt hat, was meinem persönlichen Sicherheitsgefühl entspricht. Ich fühle mich durchaus sicher in Ostermundigen. Die Probleme liegen eher dort, wie sie Philippe Gerber erwähnt hat. Relativ viele junge Männer reagieren einzeln anders, als wenn sie in Gruppen unterwegs sind. Bei den Statistikzahlen ist Vorsicht walten zu lassen. Das Hauptproblem liegt bei der Qualität. Für mich besteht ein grosser Unterschied zwischen einer Beschädigung an einem Gegenstand und einer Beschädigung an einem menschlichen Wesen mit lebenslänglichen Folgen.

Ich will die Motion gerne aufrecht erhalten. Ich hoffe, dass das Votum von Thomas Iten nicht an die Bevölkerung kommuniziert wird. Die Patrouillen müssen personell sichergestellt werden und hängen nicht mit Neuanstellungen zusammen. Selbstverständlich sind diese auch bei den Verhandlungen mit dem Kanton sicher zu stellen. Ich habe bereits mehrmals darauf hingewiesen, dass Ostermundigen in dieser Beziehung noch nicht sehr weit fortgeschritten ist. Die Städte Bern, Biel und Thun haben ihren Vertrag mit der Kantonspolizei unter Dach und Fach. Ostermundigen möchte auch einen seinen Bedürfnissen angepassten Vertrag abschliessen. Die Wünsche seitens des GGR sind in die Vertragsverhandlungen aufzunehmen.

Ich schlage vor, die Motion mit zwei Änderungen im Wortlaut zu überweisen. Die Zeitdauer „innert 6 Monaten“ kann gestrichen werden. Grundsätzlich ist noch eine Behörden- und Verwaltungsreform ausstehend. Innerhalb der Aufgaben der Öffentliche Sicherheit soll eine Optimierung überprüft werden. Die Motion ist nicht mit einer Behörden- und Verwaltungsreform verbunden.

Gemeinderat Thomas Iten (SP): Ich probiere die vielen Fragen zu beantworten:

① Votum Walter Bruderer - Sicherheitsproblematik

Die Abhängigkeit von Stadt Bern und Ostermundigen kann nicht genau beziffert werden. Der Fokus ist aus der Sicht der Kantonspolizei nach Ostermundigen ausgerichtet. Mit Police Bern soll in Zukunft der Informationsaustausch verbessert werden.

① Prophylaxe

Wir schlagen vor, dass Sicherheitsempfinden generell anzugehen. Ein Teil der prophylaktischen Massnahmen und präventiven Punkte müssen integriert werden.

① Jugendordnung

Ich empfehle hier ein Blick auf die Webseite der Gemeinde Ostermundigen. Empfehlungen wurden bereits vor zwei Jahren publiziert. Diese hat das Jugendamt zusammen mit der Abteilung Bildung/Kultur/Sport erarbeitet. Rund ein halbes Dutzend solche Empfehlungen können auf der Homepage nachgelesen werden.

① Votum Heinz Gfeller - Organisation der Einsätze

Die Kantonspolizei lässt sich nicht in die Karten blicken. Die Gemeindepolizei hat zusammen mit der Schule und der Jugendarbeit die Einsätze so angelegt, dass Brennpunkte unverzüglich angegangen werden können.

① Votum Aliko Panayides - Videoüberwachung und Vandalismus

Auf kantonaler Ebene läuft zurzeit die Vernehmlassung zu den gesetzlichen Grundlagen. Ein Entscheid steht noch aus, hat aber auch Konsequenzen für die Gemeinde Ostermundigen.

① Votum Norbert Riesen - statistische Angaben

Die statistischen Zahlen sind nur in diesem Detaillierungsgrad vorhanden, d. h. drei Jahre alt. Ob es noch andere statistische Werte gibt, ist mir unbekannt.

① Votum Philippe Gerber - Zahlenmaterial

In der Kategorie „Raub“ konnte in den letzten drei Jahren keine Veränderungen festgestellt werden. Entreissdiebstähle haben zugenommen. Sittlichkeitsdelikte haben leicht abgenommen. Die öffentliche Gewalt ist rückläufig, Körperverletzungen und Tötlichkeiten haben leicht zugenommen. Die Tendenzen bleiben gleich oder sind leicht rückläufig.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass das Sicherheitsempfinden als Ganzes wichtig ist. Wir möchten dieses Thema in die nächste Bevölkerungsumfrage aufnehmen. Die Bedürfnisse des Sicherheitsempfindens sollen dem Gemeinderat bekannt gemacht werden. Pendenzen werden mit entsprechend eingeleiteten Massnahmen sofort angegangen.

Ich bin froh, dass im abgeänderten Motionswortlaut die Frist von sechs Monaten eliminiert worden ist. Es ist nicht sinnvoll, ein Konzept zu erarbeiten, nur damit ein Konzept vorhanden ist. Noch nicht ganz klar ist mir der Passus mit der Administration. Ich gehe davon aus, dass die ganze Verwaltung den Auftrag hat, die administrativen Arbeiten möglichst optimal einzusetzen. Aus diesem Grund ist der Gemeinderat der Auffassung, dass nicht eine Motion, sondern ein Postulat ihn entsprechend beauftragen wird.

Norbert Riesen (SP): Der Gemeinderat hat sich vermehrt der Öffentlichkeitsarbeit zugewendet. Ich finde es wichtig, dass heute Abend nicht die falschen Botschaften an die Öffentlichkeit getragen werden. Die Anliegen werden ernst genommen. Dies kann nur erreicht werden, wenn die vorliegende Motion durch den GGR angenommen wird. Alle anderen Botschaften wären falsch. Ich halte selbstverständlich an der Motion fest. Ich wäre auch bereit, den letzten Satz des abgeänderten Wortlautes zu streichen. Die Optimierung der Kosten ist ein dauerhafter Prozess seitens der Verwaltung. Ich bitte den Rat, die Motion zu unterstützen.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich zitiere nochmals den abgeänderten Wortlaut der Motion:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem GGR ein Konzept (inkl. Kostenfolge) vorzulegen, wie die Sicherheit im öffentlichen Raum unserer Gemeinde und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gesteigert werden können. Die stärkere Präsenz von Polizeipatrouillen ist als eine der möglichen Massnahmen zwingend zu beurteilen.

Der GGR fasst mit 34 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion N. Riesen (SP) betreffend mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum von Ostermundigen wird im Wortlaut abgeändert, begründet, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

6

⁶ Synes Ernst (CVP) verlässt um 20.00 Uhr die Sitzung. Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

5	10.372	Motionen
	10.2214	Ortsentwicklung
	30.111	Baugesuche

Motion FORUM-Fraktion betreffend Wahrung der Wohnqualität von bisherigen Einwohnern; Begründung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Wohnqualität von Personen, die bereits in Ostermundigen wohnen, möglichst optimal zu schützen.

Begründung

Im heutigen Baureglement spielt die Wahrung der Wohnqualität von bereits in Ostermundigen Ansässigen keine grosse Rolle. Wohnqualitätsaspekte sind z. B.: Besonnung, Aussicht, Ruhe, Luftqualität, Bestrahlung, Sicherheit, Verkehrsmenge und -führung, Grün, Flora, Fauna, Gewässer, Werterhalt des Eigentums, Kindergärten und Schulen, ÖV, Infrastruktur, Betätigungsfelder, konstruktiv handelnde Nachbarschaft).

Das Bevölkerungsforum vom Herbst 2007 hat erfreulicherweise verlangt, die Wohnqualität sei auch in bestehenden Quartieren gezielt aufzuwerten.

Bleibende Steuermehrerträge setzen nicht nur betuchte Neuzuzüger und bleibende Wohnqualität voraus, sondern auch echte Gründe für gut situierte Steuerzahler, in Ostermundigen zu bleiben.

Gute Planer bzw. Architekten haben gezeigt (positive Beispiele: Rütihoger, Lindendorf), dass es trotz genügender Beachtung von Renditezielen durchaus möglich ist, die Wohnqualität der neuen, bereits ansässigen Nachbarn beizubehalten oder gar zu steigern (z. B. durch verbesserte Lärmabwehr).

*Aufgrund dieser Ausgangslage ist es nicht nur sinnvoll, sondern zielkonform nötig, Baugesuche zu fördern, welche die finanziellen und architektonischen Ziele von Bauherrschaften und von Neuzuzüger*innen nicht höher bewerten, als die bisherige Wohnqualität von bereits Ansässigen.*

Walter Bruderer (FORUM): Ich bitte die Ratsmitglieder, sich in die Lage eines potenziellen Zuzügers zu versetzen. Weil er oder sie mit Freude festgestellt hat, dass es in Ostermundigen geeigneten Wohnraum hat, lässt er sich von diversen Bauherrschaften über die Vorzüge der Angebote orientieren. Um sicher zu sein, dass er eine nachhaltig gute Wahl trifft, geht er zur Gemeinde und fragt, ob sicher gestellt sei, dass seine Kinder in den nächsten 10 Jahren im nahen Schulhaus ausgebildet werden, dass der Bus dieses Quartier auch am Abend erschliesst und dass neben den Schlafzimmerfenstern keine Lärmquellen geplant sind. Um Verbindliches in den Händen zu haben, studiert er auch noch das Baureglement. Dabei stellt er leider fest, dass die Wohnqualität der heutigen Einwohnenden nur einen kleinen Stellenwert hat.

Nicht logisch ist, dass die Gemeinde nur auf die Karte „Neuzuzüger“ setzt, die viel Steuern abliefern sollen. Dass viele, seit Jahren in Ostermundigen wohnende, gut situierte Leute von Jahr zu Jahr immer mehr Steuern zahlen, scheint zweitrangig. Vor ihrem Umzug nach Ostermundigen haben auch diese Leute ihre Wohnung wohnqualitätsbezogen sorgfältig ausgewählt. Die Gemeinde müsste daran interessiert sein, dass keine guten Steuerzahler wegen Wohnqualitätsverlust von Ostermundigen weg ziehen.

Wenn heute Leute in Ostermundigen wohnen, die keine oder nur wenig Steuern bezahlen, hat dies seine Gründe. Wie wir kürzlich im Parlament erfahren haben, besteht die Gefahr, dass Bauten nicht periodisch erneuert werden und darum nur noch tiefe Mietzinsen verlangt werden können. Es könnte aber auch sein, dass die öffentliche Hand - zwar unbewusst - selber zum Wohnqualitätsverlust beiträgt. Warum? Weil sie die einzelnen Quartiere wohnqualitätsbezogen nicht systematisch schützt. In Quartieren, die in der Orts- und Bauplanung oder später im Betrieb vernachlässigt worden sind, suchen nur noch jene Leute eine Wohnung, die primär auf günstige Mietzinse angewiesen sind.

Im Baureglement steht viel Sinnvolles über Grünflächen, Dachneigungen, Grenzabstände, Belichtung, Sicherheit, Energie, Erschliessung, Gebäudestellung, Wohn- und Arbeitsräume und über alles, was geschützt ist (das Ortsbild, die Landschaft, die Bäume, die Hecken, Waldränder, Magerwiesen, Hochstammbäume). Über den Schutz der Wohnqualität der bereits ansässigen Einwohnenden ist mit Ausnahme von ein paar „Gummi-Formulierungen“ aber wenig bis nichts erwähnt. Dazu zwei Beispiele:

- Bei der Gestaltung der Umgebung und der Aussenräume sei die harmonische Eingliederung ins Strassen-, Quartier- und Strassenbild zu suchen.

oder

- Ausgeschlossen in Wohnzonen seien Nutzungen, bei denen das Verkehrsaufkommen das ruhige Wohnen überdurchschnittlich beeinträchtigen.

Im Sinne von vermehrbaren Beispielen könnte ich jetzt auf ein paar Planungssünden hinweisen. Ich verzichte darauf.

Möglichkeiten zu Verbesserungen

In den Art. 90 und 91 der kantonalen Bauverordnung heisst es (Zitat): *In Wohnzonen dürfen stille Gewerbe bewilligt werden, sofern sie sich baulich gut einordnen und weder durch ihren Betrieb (Einwirkungen durch Lärm, Rauch, Staub, Geruch, Abgase, Licht, Erschütterungen) noch durch den verursachten Verkehr störend wirken können.*

Alle tangierten von Bau- und Umnutzungsprojekte müssen frühzeitig über die Ziele und die denkbaren Folgen von vorgesehenen Veränderungen orientiert werden, und zwar mit Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme. In der Planung dürfen die Interessen der ansässigen Einwohnenden nicht erst beim Baugesuch einbezogen wer-

den. Frustrierte Anwohnende resignieren, sprechen gegen die Änderung ein oder ziehen aus Ostermundigen weg.

Nebst den harten Faktoren, die im Baureglement geregelt sind, gibt es auch noch weiche Aspekte, die in den Quartieren, Gebäuden und Wohnungen zur Wohnqualität beitragen. Aus den Begründungen der nachfolgenden Traktanden Nr. 6 und 7 sind Beispiele ableitbar. Wichtig ist, dass im Alltag alle Liegenschaftsbesitzer, Mieter, Hauswarte, aber auch die Gemeinde selber, gewillt sind, die Wohnqualität hoch zu halten. Verkehrs-, Abfall- und Hausordnungen sind erstellt worden, um Klarheit, Ordnung und Sicherheit zu schaffen und auch durchzusetzen.

Eine öffentliche Information, Ostermundigen nehme bei Planungen und im Alltag auch die Wohnqualitätsinteressen der ganzen Bevölkerung gezielt und spürbar wahr, würde sich rasch und positiv verbreiten. In Ostermundigen sollten weder Ansässige noch Neuzuziehende je Angst haben müssen, ihre Wohnqualität werde bei erstbesten Gelegenheit in Frage gestellt. Ein Schritt in diese Richtung ist, wenn der Rat heute den Vorstoss überweist.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Aus der Präambel zur Gemeindeordnung ist ersichtlich, dass die Stimmberechtigten bestrebt sind,

- der Bevölkerung hohe Lebensqualität, Zufriedenheit, Integration und kulturelle Vielfalt zu ermöglichen;
- die natürliche Umwelt für die gegenwärtigen und künftigen Generationen zu erhalten;
- der sozialen Verantwortung gerecht zu werden und Sicherheit zu gewährleisten;
- günstige Rahmenbedingungen zu schaffen für eine strukturell ausgewogene und leistungsfähige Wirtschaft.

Den Auftrag, den das FORUM dem Gemeinderat geben will, haben die Ostermundiger Behörden schon seit langer Zeit entgegen genommen. Es handelt sich um einen Dauerauftrag, an dem sich die Behörden bei ihren Entscheiden zu orientieren haben.

Zudem hat der Grosse Gemeinderat an der letzten Sitzung im Dezember 2007 den Gemeinderat beauftragt, ein „Konzept zur Erhaltung und Verbesserung der bestehenden Liegenschaften und Wohnungen sowie der Lebensqualität in allen Quartieren“ zu erarbeiten. Für den Gemeinderat sind damit genügend Aufträge zum Thema „Wohnqualität in den Quartieren“ erteilt worden. Was die jetzt behandelte Motion zusätzlich bringen soll, ist nicht ersichtlich.

Sollte die Auffassung vertreten werden, bei der Erteilung von Baubewilligungen würde nur die Wohnqualität in den Neubauten optimiert und Verschlechterungen für die Nachbarschaft ohne weiteres in Kauf genommen, müsste der Gemeinderat dies klar zurückweisen. Es entspricht gerade dem Sinn der zahlreichen Bauvorschriften, sicher zu stellen, dass die Bedürfnisse der Nachbarschaft bei einem Bauvorhaben ge-

bührend berücksichtigt werden. Es ist klar, dass für den Einzelnen ein Neubau auf der Nachbarparzelle die Wohnqualität schmälern kann, z. B. wenn ihm die Aussicht weggenommen wird. Wenn die unüberbaute Nachbarparzelle während Jahrzehnten der Bauzone zugeteilt war, ist es falsch, von einer Benachteiligung des Betroffenen zu sprechen, wenn die Parzelle nun doch überbaut wird. Der Betroffene ist in diesem Beispiel nicht benachteiligt - er konnte im Gegenteil während Jahrzehnten eine privilegierte Situation geniessen.

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass der von den Motionären beantragte Auftrag von den Stimmberechtigten bereits erteilt worden ist und beantragt deshalb dem Grossen Gemeinderat, die Motion abzulehnen.

Christian Zeyer (SP): Wir haben die Motion überprüft: Was heisst Qualität? Wer definiert, wie Qualität sein soll? Wo hat das genau zu stehen? Wie viel Qualität ist vertragbar? Ich habe erlebt, dass eine ganze Gemeinde wegen dem Begriff „Qualität“ blockiert worden ist. Es handelte sich in diesem Fall um eine quergestreifte Fassade. Der Leiter der Bauabteilung hat im Baubewilligungsverfahren entschieden, dass die Fassade nicht mit Querstreifen versehen werden darf - diese müssen längsgestreift sein. Das Einspracheverfahren hat den Gemeinderat während eines halben Jahres blockiert. Dieser Fall darf nicht eintreffen.

Es ist relativ schwierig, den Begriff „Qualität“ zu definieren. Im Gemeindebaureglement sollte der Begriff klar definiert und gut interpretierbar sein. Die Gefahr ist gross, dass jemandem ein Zustand gefällt und einer anderen Person nicht. Bei einer offenen Formulierung von Wohnqualität kann dies ebenfalls geschehen. Die Formulierung in der vorliegenden Motion ist zu offen und so nicht machbar.

Walter Bruderer (FORUM): Bei anderen Geschäften ist in diesem Saal „äusserst rücksichtsvoll“ argumentiert worden:

- Die Grenzwerte betreffend Lärm seien trotz Mehrverkehr noch nicht überschritten.

oder

- Früher habe die Bevölkerung noch grösseren Lärm überlebt, z. B. die Leute rund um den Schiessplatz.

Ich möchte noch drei Planungssünden kurz erwähnen:

- Fahrregelung im Schermenweg (leider ohne Kündigungsmöglichkeit), die angeblich dadurch nötige Öffnung der Milchstrasse mit voll bewussten Lärmverlagerungen in die Forelstrasse und in die Untere Zollgasse.
- Lärmschutzwände entlang der Bahnlinie wurden verweigert, weil der vermutete Lärmpegel noch zu tolerieren war.
- Baugesuch Hättenberg: Neben Einfamilienhäusern entlang des Waldwegs werden 4-stöckige Blöcke erstellt.

Die Gemeinde hätte in beiden Fällen rechtzeitig reagieren können/sollen, um den Missstände schon damals entgegenzuwirken. Solche Planungen sind in Zukunft zu vermeiden. Aus diesem Grund habe ich die Motion eingereicht und ich bitte den Rat, die Chance wahr zu nehmen.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Warum: Es sind lediglich zwei Monate vergangen, seit die überparteiliche Motion betreffend Konzept zur Erhaltung und Verbesserung der bestehenden Liegenschaften und Wohnungen sowie der Lebensqualität in allen Quartieren durch uns Ratsmitglieder angenommen worden ist. Eine Überweisung der vorliegenden Motion bedeutet, dass die Verwaltung mit zusätzlichem Aufwand beauftragt wird.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der GGR fasst mit 17 zu 9 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion der FORUM-Fraktion betreffend Wahrung der Wohnqualität von bisherigen Einwohnern wird begründet und abgelehnt.

6	10.374	Interpellationen
	30.111	Baugesuche

Interpellation L. Müller (SVP) und Mitunterzeichnende betreffend: Was hat der Gemeinderat in Sachen Islamzentrum unternommen?; Begründung und Beantwortung

Wortlaut

Für ein geplantes türkisch-islamisches Begegnungszentrum in Ostermundigen haben die Gemeindebehörden die generelle Baubewilligung erteilt. Mehrere Einsprachen, welche die Quartierverträglichkeit bestritten, wurden abgewiesen. Das Erteilen der Bewilligung hat viele Mundiger Bürgerinnen und Bürger aufgerüttelt und wirft diverse Fragen auf. Der Gemeinderat wird daher gebeten, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

Fragen

- 1. Was hat der Gemeinderat unternommen, als er erstmals von der sich abzeichnenden Problematik um die Liegenschaft an der Oberdorfstrasse 2 hörte?*
- 2. Begrüssst der Gemeinderat die Einrichtung eines türkisch-islamischen Begegnungszentrums in Ostermundigen an der Oberdorfstrasse 2 trotz des bereits heute überdurchschnittlichen Ausländeranteils in der Gemeinde, insbesondere im betroffenen Quartier?*
- 3. Ist der Gemeinderat der Auffassung, dass der Handlungsspielraum der Gemeinde erschöpft ist und für die Liegenschaft keine optimalere Nutzung aus Mundiger Sicht möglich ist?*
- 4. Trifft es zu, dass der Gemeinderat verkehrs- und entwicklungspolitische Aspekte nicht in die Prüfung des Baugesuches einfliessen liess? Wenn ja, steht dies nicht den Entwicklungszielen Ostermundigens entgegen?*
- 5. Wie ist die Aussage des Gemeindepräsidenten in der Presse in Bezug auf die bereits heute bestehende enorme Belastung des Quartiers vereinbar mit der Erteilung der generellen Baubewilligung für ein türkisch-islamisches Begegnungszentrum?*
- 6. Welche Massnahmen gedenkt der Gemeinderat auf Grund der Reaktionen der Bevölkerung zu ergreifen? Ist er bereit, das Gespräch mit den Liegenschaftsbesitzern und verschiedenen Kaufinteressenten zu suchen, um für eine quartierverträglichere Nutzung zu sorgen?*
- 7. Hat der Gemeinderat ein Paket von Gegenmassnahmen bereit um den Mehrverkehr zu lenken, der dem Quartier im Falle der Einrichtung des geplanten Begegnungszentrums entsteht, und der das Quartier hauptsächlich zu Zeiten, in denen ein Wohnquartier das Recht auf Ruhe erheben darf, belasten wird?*

Lucia Müller (SVP): Bereits seit mindestens zwei Jahren ist in weiten Teilen der Bevölkerung die Tatsache bekannt, dass die Familie Barisi ihr Geschäft an der Oberdorfstrasse aufgeben wird. Da dem Gemeinderat auch die belastete Situation des Quartiers rund um Alpen- und Gerbestrasse bestens bekannt ist, ein Quartier, das mit einem übermässig hohen Anteil an Fremdsprachigen und sozial schwachen Bewohnern, habe ich die vorliegenden Fragen formuliert und würde gerne wissen, wie die Antworten des Gemeinderates dazu lauten.

Wie komme ich dazu, diese Fragen zu stellen:

- Erstens bin ich als Quartierbewohnerin im erweiterten Perimeter des Lokals mittelbar von dieser Umnutzung betroffen.
- Zweitens konnte ich der „Berner Zeitung“ entnehmen, dass die Bewilligungen für die Umnutzung als Freizeitlokal der türkischen Gemeinde erteilt wurden.

Auf der gleichen Seite gab der Gemeindepräsident, Herr Zahler, bekannt, man sei sich der Problematik dieses Quartiers bewusst. Was will er also unternehmen, um die Sogwirkung, die ein solches Zentrum ohne Zweifel auslösen kann, so schwach wie möglich zu halten?

Und jetzt, ich gebe es zu, führe ich etwas an, das ich nur vom Hören sagen kenne, weil ich leider den Artikel vom „Bund“ nicht kenne; der Vorsteher des zukünftigen Betriebs hat erklärt, dass der Standort Ostermundigen nicht zufällig gewählt wurde!

Warum beunruhigt mich diese Bewilligung?

Bis anhin wurde das Gebäude als Geschäftsgebäude genutzt, d. h. es gab einigen Verkehr durch Kunden und Anlieferer, dies jedoch ausschliesslich am Tag! Am Abend, wenn ich als Anwohnerin auch Anrecht auf etwas Ruhe und Frieden habe, belastete es niemanden.

Nun soll also eine Umnutzung als Freizeitlokal genau diese Ruhezeiten auch noch stören. Kein Mensch glaubt wohl, dass dieses Freizeitlokal nur am Freitag Abend genutzt werden wird. Dafür dürfte es sogar für die neuen Käufer ein wenig zu teuer sein!

Wir haben im Geschäft Nr. 3 ausgiebig über die Standortproblematik diskutiert und dies ist in meinen Augen genau die gleiche Ausgangslage. Lokale mit Freizeitnutzung sollten nicht in Wohnquartieren angesiedelt werden. Auf keinen Fall sollten dafür neue Bewilligungen erteilt werden.

Das ist eine Verschlechterung der Wohnqualität, egal in welchem Quartier auch immer. Da werden gemeindepolitische Entwicklungsziele formuliert und wie sieht es dann mit der Realität aus? Es ist kaum anzunehmen, dass dieses Projekt diesen Zielen förderlich sein kann oder wie sieht dies der Gemeinderat?

Von meinem Gemeinderat erwarte ich, dass er - wie es die Motion von Walter Bruderer formuliert, auch die Interessen bisheriger Bewohnenden unserer Gemeinde wahrnimmt und schützt. Sich Gedanken macht, wie er solche Probleme im Interesse aller Bürger lösen kann, Alternativen sucht und umzusetzen versucht. Nur eine denkbare Alternative: Was für ein Standort wäre dieses Lokal für eine Tagesstätte gewesen, wo doch unser aktuelles gemeindeeigenes Angebot völlig ungenügend ist, Warteschlange von 60 Plätzen bestehen heute schon. Oder die Musikschule, die dringend neuen Schulraum braucht, wenn die Liegenschaft an der Unteren Zollgasse nicht mehr zur Verfügung steht, etc.. Hat sich der Gemeinderat diese Fragen gestellt und geprüft?

Man kann nun sagen, es ist ja noch gar nicht sicher, dass diese negativen Auswirkungen auch eintreffen. Nur - es ist meiner Ansicht nach richtig, sich vorher Gedanken darüber zu machen, die Spielregeln festzulegen und nicht im Nachhinein zu jammern oder zu klagen: Warum hat vorher keiner daran gedacht und das verhindert.

Wie mir scheint, hat meine Interpellation doch recht weite Kreise gezogen, dass sogar die Presse aufmerksam geworden ist. Mich wundert dies ehrlich gesagt nicht unbedingt, auch wenn ich vermute, dass weniger die Wohnqualitätsfrage als der kulturell-religiöse Aspekt dazu veranlasste. Wenn der aufmerksame Bürger sich informiert, hört er die provokativen und mit unseren in ganz Europa unternommenen Integrationsbemühungen auf Kollisionskurs gehenden Äusserungen des Türkischen Ministerpräsidenten Erdorgan zum Thema „Integration des türkischen Bürgers in einem Immigrationsland“ und horcht auf

➤ manch einer wird vielleicht sogar endlich wach!

Aber diesen Punkt können wir dann ja gerne im Geschäft Nr. 7 der nachfolgenden Interpellation von Regula Unteregger und der SP vertiefen.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Zu den Fragen nehme ich wie folgt Stellung:

1. Der Gemeinderat hat sich klar vom Grundsatz leiten lassen, dass in der Schweiz das Recht der Religionsfreiheit garantiert ist und dass deshalb bei der Beurteilung eines Baugesuchs die Religionszugehörigkeit der Bauherrschaft kein Kriterium darstellen darf. Die Abteilung Hochbau und die Hochbaukommission hatten das Baugesuch aus politisch neutraler, rein baurechtlicher Sicht zu beurteilen.
Frühzeitig hat der Gemeinderat von der Befürchtung Kenntnis erhalten, das türkisch-islamische Begegnungszentrum könnte ein grosses Verkehrsaufkommen auslösen. Der Gemeinderat hat festgestellt, dass im geltenden Gemeindebau-Reglement (GBR), Art. 60 Abs. 2 bereits festgehalten ist, dass in der Wohn- und Gewerbezone Nutzungen, die ein überdurchschnittlich hohes Mass an quartierfremdem Verkehr verursachen, ausgeschlossen sind. Der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, dass in einer Wohn- und Gewerbezone der Verkehr nicht

stärker eingeschränkt werden kann und sich deshalb eine Änderung dieses Artikels nicht aufdrängt.

2. Gemäss dem Grundsatz der Religionsfreiheit darf sich auch der Gemeinderat bei der Behandlung eines Gesuchs oder bei seiner Stellungnahme zu einem Gesuch nicht von der Religionszugehörigkeit des Gesuchstellers leiten lassen. Generell stört sich der Gemeinderat an allen Nutzungen, die sich schlecht in ein Quartier integrieren, und er begrüsst alle Bestrebungen, die sich darum bemühen, Konfliktpunkte in einem Quartier zu eliminieren und das Zusammenleben der Quartierbevölkerung im gegenseitigen Respekt zu fördern. Irgendwelche Vorverurteilungen von bestimmten Gesuchstellern lehnt der Gemeinderat ab.
3. Neben der Religionsfreiheit gibt es auch noch eine Handelsfreiheit. Wenn sich die Grundeigentümer und die Kaufinteressierten einig sind, dann ist das eine Tatsache. Selbst wenn der Gemeinderat wollte, hätte er keine rechtlichen Möglichkeit, den Abschluss des Kaufvertrags zu verhindern. Sich darüber zu unterhalten, was alles für Nutzungen in dieser Liegenschaft möglich wären und über welche wir uns am meisten freuen würden, bringt uns nicht weiter.
4. Der Vollständigkeit halber wiederhole ich, dass nicht der Gemeinderat sondern die Hochbaukommission für die Erteilung einer Baubewilligung zuständig ist. Die Hochbaukommission hat die generelle Baubewilligung gestützt auf die geltenden kantonalen und lokalen Bauvorschriften erteilt. Bei einem generellen Baugesuch werden nur diejenigen Fragen behandelt, die mit dem Gesuch gestellt worden sind. In diesem Fall ging es um die Frage der Zonenkonformität und um die Frage, ob 17 Parkplätze bewilligt werden können. Alle andern sich stellenden Fragen werden bei der Bewilligung des ordentlichen Baugesuchs behandelt. Die ordentliche Baubewilligung kann mit Auflagen erteilt werden, und dabei kann z. B. verlangt werden, dass der zukünftige Betrieb nicht wesentlich mehr Verkehr verursacht, als mit den 17 Parkplätzen aufgefangen werden kann.
5. Auch für den Gemeindepräsidenten war die Religionszugehörigkeit der Gesuchsteller kein Kriterium für seine Äusserungen gegenüber den Medien. Ich habe mich zum Verkehrsaufkommen geäussert, und festgestellt, dass Begegnungszentren und Gewerbebetriebe mit den gleichen Ellen gemessen werden müssen. Das hat die Hochbaukommission auch getan. Es ist klar, dass in Wohn- und Gewerbezone Gewerbebetriebe zulässig sind, und es ist auch klar, dass einem Gewerbebetrieb ein gewisses Verkehrsaufkommen zugestanden werden muss. Das gleiche Recht steht somit auch einem Begegnungszentrum zu.
6. Damit der Gemeinderat zwischen verschiedenen privaten Kaufinteressenten eine Vermittlerrolle übernehmen könnte, müssten erstens diese Kaufinteressenten vorhanden und bekannt sein, und zweitens müsste der Grundeigentümer bereit sein, weitere Verkaufsverhandlungen zu führen. Gemäss den Auskünften, die ich bisher von den Grundeigentümern erhalten habe, ist zur Zeit beides nicht der Fall. Betreffend der Rolle, die der Gemeinderat bei einer rechtmässig

erteilten generellen Baubewilligung wahrnehmen will, verweise ich auf die Beantwortung der Interpellation Regula Unteregger.

7. Wie gesagt, die Hochbaukommission hat die generelle Baubewilligung erteilt und ist somit der Auffassung, das türkisch-islamische Begegnungszentrum verursache kein überdurchschnittlich hohes Mass an quartierfremdem Verkehr. Es gibt deshalb keinen Grund, ein Paket von Gegenmassnahmen zu schnüren. Ebenfalls bereits erwähnt habe ich die Möglichkeit, mit der ordentlichen Baubewilligung Auflagen zu machen. Die Hochbaukommission wird im Rahmen ihrer Kompetenzen entscheiden, in welchem Umfang sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen will.

Lucia Müller (SVP): Danke für die Beantwortung. Ein paar Fragen sind aus meiner Sicht nicht beantwortet worden. Der Gemeinderat kann den Liegenschaftsverkauf nicht verhindern, dessen bin ich mir bewusst. Das Problem war voraussehbar. Hat sich der Gemeinderat Gedanken für eine Eigennutzung gemacht? Spätestens bei der Absicht der Freizeitnutzung hätte der Gemeinderat einschreiten sollen. Welche Massnahmen für eine andere Nutzung hat der Gemeinderat geprüft?

Der Zubringer zur Liegenschaft kann als Einbahnstrasse geführt werden. Damit kann ein Teil des Verkehrs bereits reduziert werden. Für die Anwohnenden spürbare Massnahmen sind durchaus vorhanden. Der Gemeinderat hat den Anwohnenden gegenüber ein positives Zeichen zu setzen.

Ratspräsident: Als Interpellantin hast du dich dahingehend zu äussern, ob du mit der gemeinderätlichen Antwort zufrieden bist oder nicht. Ansonsten hat der Rat einen Diskussionsantrag zu stellen (Art. 54 Abs. 3 GO des GGR)!

7	10.374	Interpellationen
	50.299	Integration

Interpellation R. Unteregger (SP) betreffend türkisch-islamisches Zentrum: Klare Spielregeln für eine gute Integration; Begründung und Beantwortung

Wortlaut

In Ostermundigen ist das Baugesuch der türkisch-islamischen Vereinigung betreffend Umbau der Liegenschaft an der Oberdorfstrasse 2 zu einem Begegnungszentrum eingereicht worden. Das Gesuch ist in erster Instanz bewilligt, der Entscheid inzwischen mit der Begründung der fehlenden Zonenkonformität angefochten worden. Sollte sich diese Rechtsauffassung nicht durchsetzen, ist davon auszugehen, dass das entsprechende Zentrum mit kleiner Moschee eingerichtet wird. Damit würden Bürgerinnen und Bürger muslimischen Glaubens in Ostermundigen, aber auch Muslime aus der Region hier einen öffentlich wahrnehmbaren Ort der religiösen Begegnung erhalten. Es stellen sich für uns folgende Fragen:

Fragen

- 1. Wann wird der Gemeinderat auf die Vertreter der türkisch-islamischen Vereinigung zugehen und den Dialog mit ihnen führen?*
- 2. Welche Punkte wird der Gemeinderat im Dialog mit den Verantwortlichen der Vereinigung zur Sprache bringen? Eine Integration dieses Zentrums in der Gemeinde erfordert Transparenz und klare Spielregeln auf beiden Seiten.*
- 3. Wie und wann wird der Gemeinderat die interessierte Bevölkerung informieren?*

Begründung

Das Grundrecht der Religionsfreiheit ist ein zentraler Wert unserer Verfassung. Unser Rechtsstaat bietet Gewähr, dass unsere muslimischen Mitbürger und Mitbürgerinnen ihre religiöse Überzeugung sichtbar und in Gemeinschaft leben können. Gleichzeitig gibt es in der Bevölkerung Ängste und Unsicherheit, die es ernst zu nehmen gilt. Es geht um die Frage, was dieses islamische Zentrum für unsere Gemeinde bedeuten könnte. In letzter Zeit haben Fragen rund um den Islam verschiedene Politikbereiche beschäftigt: die Migrations- und Integrationspolitik, die Schul- und Bildungspolitik, die Sicherheits- und Infrastrukturpolitik. Stichworte wie Minarettverbotsinitiative, Karikaturenstreit.

Über den Islam hinaus beschäftigen im Alltag Themen wie das Tragen von religiösen Symbolen oder Dispensationsgesuche an den Schulen.

Es ist daher wichtig, dass nicht nur die Ostermundiger Kirchen, sondern auch das politische Ostermundigen den Kontakt mit den Verantwortlichen des türkisch-islamischen Vereins sucht. Es geht um Transparenz und Offenheit auf beiden Seiten. Es muss kommuniziert werden, dass die Religionsfreiheit nur verwirklicht und gesi-

chert werden kann, wenn die staatliche Ordnung einen säkularen und demokratischen Charakter hat und die Vielfalt von Meinungen ermöglicht wird.

Gewisse Werte sind für uns nicht verhandelbar: Die Geltung der Menschenrechte, die Freiheit des Individuums, die religiöse Neutralität des Staates, der Vorrang des weltlichen Rechts. Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum, auch nicht im privaten Bereich der Familie.

Ebenso besteht ein Interesse daran, die Frage der allfälligen Einflussnahme islamischer Staaten auf die Ausrichtung islamischer Moscheevereine in der Schweiz zu thematisieren. Zu diskutieren ist insbesondere die Frage, wie auf diese Einflussnahme unsererseits reagiert werden kann und soll, um die dargelegten Rahmenbedingungen zu gewährleisten.

Regula Unteregger (SP): Das geplante türkisch-islamische Zentrum bewegt nicht nur die Anwohnenden, sondern alle Ostermundigerinnen und Ostermundiger. Das die Anwohnenden die Instrumente der Beschwerde gewählt haben, ist ihr legitimes Recht. Ich glaube es sind nicht der Verkehrslärm oder die Nutzung des Zentrums das Hauptproblem. Das Thema "Religion" beschäftigt die Bevölkerung. Wer sind diese Personen, welche Konsequenzen hat das für Ostermundigen? Unruhe und Befürchtungen werden geweckt. Diese Befürchtungen sind zu zerstreuen.

Ich möchte daran erinnern, dass die Zeiten, als in Europa nur Christen wohnten, endgültig vorbei sind. Die weltweite Migration hat dazu geführt, dass wir heute in Europa verschiedenste Religionen kennen, welche friedlich nebeneinander leben können. Auch in Ostermundigen leben heute 2'762 Menschen mit einer anderen Konfession als Christen. Ein beträchtlicher Anteil unserer Bevölkerung ist muslimischer Glaubens. Ich möchte, dass bei der Diskussion dieser Aspekt berücksichtigt wird.

Die Ausgangslage ist für mich das verfassungsmässige Grundrecht auf Religionsfreiheit. Die Frage: was heisst „Religionsfreiheit“ in Konkurrenz zu den anderen Grundrechten (z. B. Gleichberechtigung von Mann und Frau)? Gewisse islamische Strömungen kennen diesen Grundsatz nicht und Konflikte sind vorprogrammiert. Ich kenne mich in dieser Materie zu wenig gut aus und habe gewissen Informationsbedarf:

- Welche Rahmenbedingungen/Spielregeln gelten für diesen Verein?
- Was stellen sie sich vor?
- Was wollen sie in Ostermundigen machen?
- Wie soll die Moschee ausgestaltet werden?
- Wo liegt ihr soziales Zentrum?
- Welche islamische Strömung wird vertreten?
- Wie stellen sie sich zu unseren Grundwerten/Grundrechten?

- Zu welchen Werten steht letztendlich der Iman⁷ (eine Schlüsselfigur)?

Die Einsicht in die Baugesuchsakten liessen keine schlüssigen Antworten zu. Der Verein will sich auch für die Integration der Türkinnen und Türken in Ostermundigen einsetzen. Sie wollen Sprachkurse und Aufgabenhilfen anbieten. Können nicht Synergien mit unseren Bestrebungen genutzt werden? Entsteht hier eine grosse Chance, gemeinsam mit dem Verein Integration zu betreiben? Diese Fragen hat auch den Gemeinderat zu interessieren. Wann wird der Dialog aufgenommen und die Fragen geklärt? Es braucht Transparenz und Informationen, bevor unnötige Konflikte geschürt werden. Wenn der Verein ein Gesicht bekommt, werden viele Unklarheiten aus dem Weg geräumt.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Zu den Fragen nehme ich wie folgt Stellung:

- 1. Der Gemeinderat geht davon aus, dass ein Dialog sowohl die Vertreterinnen und Vertreter des türkisch-islamischen Zentrums wie auch die Anwohnerinnen und Anwohner im Quartier einbeziehen muss. Auch ist ein solcher Dialog kaum sinnvoll, wenn die Zukunft nicht geklärt und das rechtliche Verfahren noch am Laufen ist. Der Gemeinderat erachtet es daher als richtig, das Gespräch dann zu führen, wenn der definitive Entscheid über die generelle Baubewilligung in dieser Sache vorliegt. Er wird zu diesem Zeitpunkt sofort den Kontakt mit allen Beteiligten suchen.*
- 2. Der Gemeinderat möchte die zentralen Punkte des angesprochenen Dialogs nicht im Alleingang festlegen. Die Erwartungen und Sorgen der Anwohnerinnen und Anwohner wie auch der Zentrumsvertretung sollen im Mittelpunkt der geplanten Gespräche stehen. Der Gemeinderat wird diese Erwartungen und Sorgen zum gegebenen Zeitpunkt aufnehmen und auf dieser Basis die Kernpunkte für den weiteren Dialog definieren.
In jedem Fall geht der Gemeinderat mit der Interpellantin einig, dass Transparenz und klare Spielregeln zentrale Erfolgsfaktoren für den zu führenden Dialog darstellen. Ebenso ist klar, dass der Dialog auf der Basis unserer Grundwerte aufbaut.
Der Gemeinderat wird zu gegebenem Zeitpunkt prüfen, ob die Kirchen Ostermundigens in die Gespräche miteingebunden werden können. Pfarrer Jäggi sieht hier die Chance, einen interreligiösen Dialog führen zu können. Die Bereitschaft der Kirche ist vorhanden.*
- 3. Wie in Antwort 1 dargelegt, wird der Gemeinderat den Dialog nach Erlass eines definitiven Baurechtsentscheides führen. Der Gemeinderat wird die Öffentlichkeit über den Beginn wie auch über die weiteren Schritte in diesen Gesprächen informieren.*

⁷ Nach Wikipedia: Iman = das arabische Wort für Glaube und Vertrauen in Bezug auf [Allah](#) (Gott) und den Propheten [Mohammed](#) mit seiner Botschaft, abgeleitet vom Verb "amana" = glauben, Quelle: u.a. Knauers Taschenlexikon Islam, 2002, Augsburg, deutsch-arabische Wörterbücher

Regula Unteregger (SP): Ich bin mit der gemeinderätlichen Antwort zufrieden.

8

⁸ Maria Anna Baumann (SP) und Rupert Moser (SP) verlassen um 20.55 Uhr die Sitzung. Es sind 33 Ratsmitglieder anwesend.

8 10.375 Einfache Anfragen
 13.110 Schulkommission

Einfache Anfrage R. Wagner (EVP) betreffend Interpellation vom 17. März 2005 zur Zwischenbilanz für die neue Schulkommission; Beantwortung

Wortlaut

Am 19. Mai 2005 beantwortete der Gemeinderat die am 17. März 2005 durch R. Wagner und Mitunterzeichnende eingereichte Interpellation betr. die Schulkommission (Zwischenbilanz), auf die Frage Nr. 3

„Wie und wann gedenkt der Gemeinderat, auch die andern an der Schule von Ostermundigen beteiligten Gremien und Bevölkerungsschichten (Lehrerkollegien, Jugendamt, Erziehungsberatung, Schulinspektorat, Eltern usw.) für eine repräsentative Zwischenbilanz mit einzubeziehen?“ erhielten wir folgende Antwort:

„Der Gemeinderat ist gegenüber Evaluationen und Wirkungsüberprüfungen grundsätzlich sehr offen eingestellt. Es war sinnvoll, den Puls der direkt Beteiligten frühzeitig zu spüren. Nach einem Jahr kann eine zweite Zwischenbilanz und auf Ende der Legislatur eine abschliessende Bilanz gezogen werden. (Hervorhebung durch die Unterzeichnende). Wichtiger als demokratisch gefällte Entscheidungen ständig zu hinterfragen erscheint dem Gemeinderat allerdings, die Wirkung des Unterrichts zu überprüfen. Dem Gemeinderat sind Schulen bekannt, welche aus der Schule entlassene Jugendliche nach ihren Erfahrungen befragen und dadurch wertvolle Rückmeldungen erhalten.

Die Schulkommission wird in der ersten Hälfte des neuen Schuljahres zusammen mit interessierten Personen aus dem Elternrat, der Lehrerschaft und den Schulleitungen eine Strategiediskussion führen und Bildungsziele für die Schule Ostermundigen diskutieren und definieren.“

Bis heute wurde eine zweite Zwischenbilanz nicht vorgelegt. Auch nach mehrmaligen Rückfragen beim zuständigen Departementsvorsteher und der Bitte, im GGR doch wenigstens kurz darüber zu informieren, weshalb nach einem Jahr keine zweite Zwischenbilanz gemacht wurde und was bei der Schule so alles geht, steht eine Antwort noch aus. Inzwischen ist die Bildungsstrategie geboren und auch sonst hat die Schulkommission vieles aufgegleist, was sicher sehr gut ist. Dennoch will ich nicht einfach auf in Aussicht gestellte Informationen verzichten.

Fragen

- 1. Weshalb wurde die in Aussicht gestellte Zwischenbilanz per Ende 2005 nicht gemacht?*
- 2. Weshalb wurde auf die persönlichen Rückfragen und die Bitte um Information im GGR nicht reagiert?*
- 3. Ist eine abschliessende Bilanz auf Ende Legislatur zu erwarten?*

Gemeinderat Thomas Iten (SP): Zuerst möchte ich ein paar allgemeine Informationen zur Schulorganisation anbringen. Auf den 1. Januar 2005 ist das Reglement über die Schulorganisation in Kraft getreten. Die neue Schulorganisation mit nur noch einer Schulkommission anstelle von sechs Kommissionen ist das Ergebnis eines breiten politischen Konsenses. Das Parlament und die Stimmberechtigten haben sich mit grossen Mehrheiten (Parlamentsbeschluss 30 gegen 4 Stimmen bzw. die Stimmberechtigten in einer Referendumsabstimmung mit 72 % Ja-Stimmen) für den Systemwechsel zu einer modernen und professionellen Schulführung ausgesprochen.

Das neue Reglement hat einfache und schlanke Strukturen gebracht, schnellere Kommunikationswege, ein einheitliches, rechtsgleiches Verfahren in schulischen Fragen, eine Trennung der operativen und strategischen Ebenen und eine Stärkung der Schulleitungen. Aus Sicht des Gemeinderats hat sich die neue Organisation ohne wenn und aber bewährt. Die Schule Ostermundigen konnte sich in den letzten drei Jahren wesentlich weiter entwickeln. Neben den Inhalten der Bildungsstrategie verabschiedete die Schulkommission beispielsweise auch einen Leitfaden für einen einheitlichen Umgang bei disziplinarischen Massnahmen. Mit der neuen Struktur sind die Schulleitungen erheblich gestärkt worden. Auf dem Schulsekretariat konnten 50 Stellenprozente eingespart werden. Der Zusammenschluss der beiden Schulen Rothus und Dennigkofen auf den 31. Juli 2008 wäre mit der alten Organisation, d.h. mit den autonomen Schulhauskommissionen nicht durchführbar gewesen.

Die Teilrevision des Volksschulgesetzes auf den 1. August 2008 bringt eine weitere Stärkung der Schulleitungen und eine Verschiebung der Kompetenzen weg von der Schulkommission hin zu den Schulleitungen. Die Schulkommission erfährt mit der Revision des Volksschulgesetzes eine neue Ausrichtung: Sie ist nicht mehr zuständig für Belange der einzelnen Schülerinnen und Schüler oder der einzelnen Lehrkraft. Dafür ist neu die Schulleitung verantwortlich. Das neue Volksschulgesetz sieht ab 1. August 2008 nicht einmal mehr zwingend eine Schulkommission vor. Der Gemeinderat wird dem Grossen Gemeinderat voraussichtlich noch dieses Jahr eine Teilrevision des Schulreglements beantragen unter anderem mit dem Ziel, die Schulkommission auf Beginn der nächsten Amtsperiode zu verkleinern.

Zu den einzelnen Fragen

1. Die Schulkommission hat die Zwischenbilanz in der Sitzung vom 13. September 2006 gemacht und in der Sitzung vom 13. Dezember 2006 ausgewertet.
2. Gestützt auf die kantonale Schulgesetzgebung kommen dem Gemeinderat keine Aufsichtsbefugnisse bezüglich der Schule oder gar der Schulkommission zu. Der Gemeinderat sah sich demzufolge nicht veranlasst, über die Geschäftsführung der Schulkommission zu informieren.

Trotz dieser rechtlich klaren Situation bezüglich der Aufsichtsbefugnisse über die Schule war im Rahmen der Präsentation zur Bildungsstrategie ein Rück- und Ausblick über die Schule Ostermundigen als gesamtes geplant. Erstaunlicherweise hat im Sommer 2007 keine Fraktion von diesem Informationsangebot Gebrauch gemacht. Ergänzend zu den vorhin, allgemeinen Informationen zum Schulorganisati-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Februar 2008

onsreglement stelle ich die wichtigsten Erkenntnisse der Zwischenbilanz aus dem Jahr 2006 gerne vor. Zur Prozesserläuterung möchte ich noch anfügen, dass der Auftrag auf aus der Schulkommission war, sich auf den Stufen Schulkommission, Lehrerkonferenz und Schulleiterkonferenz Gedanken über positives und negatives zu machen.

Positive Punkte aus Sicht Schulkommission

- Vereinheitlichte Handhabung in ganz Ostermündigen
- „Routine“ bei der Entscheidungsfindung
- Effizienz der Sitzungen
- Zusammenarbeit
- Kleine Gremien

Negative Punkte aus Sicht Schulkommission

- Grösse Gesamtkommission (25 Teilnehmende)
- Zeitverlust bei dringenden Geschäften
- Informationen bei komplexen Geschäften

Positive Punkte aus Sicht Schulleiterkonferenz

- Delegieren von Aufgaben an Schulleitungen bewährt sich
- Delegieren von Aufgaben an die Ausschüsse bewährt sich
- Trennung von strategischen und operativen Aufgaben sind auf gutem Wege

Negative Punkte aus Sicht Schulleiterkonferenz

- Wahrung Teilautonomie der fünf Schulen
- Dienstwege wurden nicht immer eingehalten
- Zeitplan in Ausschusssitzungen wurden nicht immer eingehalten
- Schulkommission hat zu wenig vollwertige strategische Kompetenzen

Positive Punkte aus Sicht Lehrerschaft

- Organisation ist einfacher, vor allem auch für Teilpensen-Lehrkräfte
- Abläufe sind besser strukturiert
- mehr Kompetenz für die Schulleitung, klare Ansprechperson

Negative Punkte aus Sicht Lehrerschaft

- Lehrpersonen haben wenig Kontakt zur Behörde
- Schulleitung hat viel Macht
- Behörde hat weniger Einblick in Schulalltag

Massnahmen Stufe Schulkommission

- Grösse der Schulkommission muss überprüft werden
- Jährliche Überprüfung der Bildungsstrategie
- Informationen bei komplexen Geschäften → Holprinzip bei Abteilung

Massnahmen Stufe Schulleiterkonferenz

- keine Massnahmen notwendig, aber Verbesserungspunkte sind zu beobachten

Massnahmen Stufe Lehrerkollegien

- unterschiedliche Vorschläge der einzelnen Lehrerkollegien
- Schulkommission braucht ein Gesicht → Lehrerapéro im Frühjahr 2007

3. Durch die Entwicklung auf kantonaler Ebene erübrigt sich eine weitere Hinterfragung der Schulorganisation, welche seit dem 1. Januar 2005 in Kraft ist. Auf Grund der Teilrevision des Volksschulgesetzes auf den 1. August 2008 wird der Gemeinderat dem Parlament noch dieses Jahr eine Teilrevision des Reglements über die Schulorganisation beantragen, unter anderem mit dem Ziel, die Schulkommission zu verkleinern.

9 10.375 Einfache Anfragen
 40.323 Signalisationen, Markierungen, Allgemein

Einfache Anfrage R. Mahler (SP) betreffend Velostreifen Bernstrasse; Beantwortung

Wortlaut

Von der Kreuzung Bernstrasse/Rütiweg bis zur Einmündung in die Umfahrungsstrasse hat die Bernstrasse kürzlich einen neuen Belag erhalten.

Mit Befremden habe ich festgestellt, dass nach der Belagssanierung Mittellinien, Fussgängerstreifen usw. aufgebracht wurden, Fahrradstreifen jedoch fehlen bis jetzt, obschon die Bernstrasse in diesem Bereich häufig von Fahrradfahrenden benutzt wird. Zudem bildet die Bernstrasse in diesem Bereich den Zugang zum Velowegnetz Richtung Rörswil/Bolligen respektive Wankdorf/Ittigen.

Fragen

1. *Gibt es einen triftigen Grund, in diesem Bereich der Bernstrasse keine Fahrradstreifen zu markieren?*
2. *Wenn nicht: Ist der Wille vorhanden, die schwächeren Verkehrsteilnehmenden zu schützen?*
3. *(Es ist dabei auch an die Möglichkeit eines einseitigen Fahrradstreifens, wechselseitig je nach Steigung, oder an eine Kernfahrbahn ohne Mittellinie zu denken.)*
4. *Wenn ja: Bis wann kann man damit rechnen, dass die Fahrrad fahrenden Verkehrsteilnehmenden in diesem Teil der Gemeinde von der zusätzlichen Sicherheit eines solchen Fahrradstreifens profitieren können?*

Gemeinderat Thomas Werner (SP): Die gemeinderätliche Beantwortung lautet wie folgt:

① Zu Frage 1

Im Rahmen der Belagssanierung der Bernstrasse (Abschnitt Rütiweg bis Umfahrungsstrasse) wurden die Markierungen und Signalisationen mit dem Tiefbauamt des Kantons Bern Oberingenieur Kreis II geprüft. Die bestehende Fahrbahnbreite liegt zwischen 7.00 m - 7.25 m. Für eine beidseitige Radstreifenmarkierung (min. je 1.25 m Breite) und einer Mittelmarkierung ist die Bernstrasse zu schmal.

Geprüft wurde auch die Kernfahrbahn. Definition Kernfahrbahn: *Die Kernfahrbahn ist eine Fahrbahn, welche in beiden Richtungen einen Radstreifen aufweist. Auf Grund*

der zu schmalen Restfahrbahnbreite wird auf die Markierung einer Mittellinie verzichtet.

Um eine Kernfahrbahn realisieren zu können, muss eine Fahrbahnbreite von 7.50 m bis 8.40 m zur Verfügung stehen. In diesem Strassenabschnitt sind die Belastungen mit ca. 5'000 Fahrzeugen nicht hoch. Busse verkehren auch nicht.

Aus diesen Gründen hat das Tiefbauamt auf eine neue Radstreifenmarkierung vorläufig verzichtet.

① Frage 2

Es wird zur Zeit noch geprüft, ob ab Umfahrungsstrasse bis vor die Einmündung Steingrübliweg bergwärts (ca. 110 m) ein 1.50 m breiter, einseitiger Radstreifen realisiert werden kann. Auf Anfrage beim Kanton müsste dies noch definitiv durch die entsprechenden Fachstellen geprüft werden. Die Kosten würden sich auf ca. Fr. 3'000.-- belaufen.

① Frage 3

Auf Sommer 2008 könnte die Markierung erfolgen, wenn die zuständigen Fachstellen zustimmen werden.

10 10.928 Verwaltungsorganisation/Organisationsstrukturen

Behörden- und Verwaltungsreform; Orientierung über den Stand des Geschäftes

Regula Unteregger (Vorsitzende der nichtständigen parlamentarischen Kommission): Ich mache es so kurz wie möglich. Wir haben zwei Subkommissionen gebildet und beide Subkommissionen sind zum gleichen Ergebnis gekommen. Die Arbeiten haben gezeigt, dass wir nur weiterkommen, wenn wir einen umfassenden, gut strukturierten Prozess durchlaufen können (nicht entweder Behörden- oder Verwaltungsreform). Es geht auch um die Frage, wie sich Ostermundigen in diesem Projekt zu den inzwischen schon nicht mehr ganz neuen Instrumenten von NPM stellt.

Das ist für mich der Schlüssel:

- Wir müssen eine politische Entscheidung betreffend Exekutivmitgliedern fällen;
- Wir müssen darauf basierend die Verwaltungsorganisation überprüfen und anpassen;
- Und wir müssen über das Führungsmodell entscheiden (NPM oder nicht).

Und dies alles muss parallel laufen. Zielsetzung → übernächste Legislatur.

Deshalb benötigen wir

- externe Unterstützung (Herr Ueli Seewer habe ich schon angefragt);
- mehr zeitliche Ressourcen / einen neuen Zeitplan;
- und wir brauchen eine überarbeitete Projektorganisation, die auch den Gemeindepräsidenten wieder in der Projektleitung integriert und Kadermitarbeitenden aus der Verwaltung wesentliche Aufgaben und Verantwortungen überträgt. Wir haben in der Ostermundiger Verwaltung absolut die nötige Fachkompetenz.

Fazit:

Anlässlich der Sitzung vom 22. Mai 2008 wird dem GGR ein neuer Organisationsantrag gestellt. Eine sorgfältige und umfassende Bearbeitung ist letztendlich für alle von Nutzen.

11 10.372 Motionen
40.121 Busprojekte, Linienführung, Haltestellen

Motion SP-Fraktion betreffend gefälligeres Erscheinungsbild der Gemeinde Ostermundigen. Sanierung von zwei Bushaltestellen als Sofortmassnahme; parlamentarischer Neueingang

Text

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem GGR das Projekt für die Sanierung der zwei Bushaltestellen „Waldeck“ und „Zollgasse“ entsprechend dem von der Verwaltung ausgearbeiteten Konzept bis im Sommer 2008 vorzulegen. Sollte das nicht möglich sein, sind die beiden genannten Bushaltestellen einer sofortigen „sanften“ Renovation zu unterziehen.

Begründung

Im Sommer 2008 werden in der Bernstrasse von Unterführung bis Kreisel Zollgasse in einer längeren Bauphase die Wasser- und Abwasserleitungen ersetzt. Danach wird die Bernstrasse mit einem neuen Belag versehen und erhält allenfalls eine bescheidene gestalterische Aufwertung. In diesem Zusammenhang bekommt hoffentlich auch die Bushaltestelle „Ostermundigen Station“ ein modernes Gesicht.

Das ist auch dringend nötig, denn die Ostermundiger Bushaltestellen sind kein Aushängeschild für die Gemeinde.

Die beiden benachbarten Bushaltestellen „Waldeck“ und „Zollgasse“ zum Beispiel sind in einem sehr schlechten, um nicht zu sagen verwahrlosten Zustand. Dieser Zustand dauert jetzt schon jahrelang an und es ist keine Änderung in Sichtweite. Zwar ist im Finanzplan 2008 - 2012 im Zusammenhang mit der Vorgabe des Bundes zur behindertengerechten Benutzbarkeit aller Verkehrsmittel eine Investition vorgesehen. Diese Vorgabe muss aber erst 2023 erfüllt sein.

Die Verwaltung hat ein Konzept zur Umgestaltung und Vereinheitlichung der Bushaltestellen ausgearbeitet. Dieses kann aber bei den zwei genannten Bushaltestellen wahrscheinlich nicht sofort umgesetzt werden.

Wenn das so ist, muss jetzt, also bis im Sommer 2008 als Überbrückung bis zur endgültigen Lösung eine „sanfte“ Renovation ausgeführt werden. Viele Leute fragen sich nämlich, warum die Gemeinde nichts unternimmt, um diese Schandflecken zu sanieren. Diese „Pinselrenovation“ kostet wenig, bringt aber sehr viel. Denn danach sehen die Haltestellen „Waldeck“ und „Zollgasse“ wieder annähernd so aus, wie es sich für eine aufstrebende Vorortsgemeinde der Bundesstadt der Schweiz gehört und das Erscheinungsbild der Gemeinde ist nachhaltig verbessert.

Eingereicht am 18. Februar 2008

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 14. Februar 2008

sig.: R. Mahler
R. Wiedmer
A.M. Baumann
N. Riesen
M. Stäheli Ragaz
R. Schär
R. Kehrl
L. Schärer
A. Dogan
R. Moser

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Peter Wegmann

Jürg Kumli

Die Stimmzählenden:

Maria Anna Baumann

Markus Truog